

Berliner Stimme

SOZIALDEMOKRATISCHE WOCHENZEITUNG

Nr.13 - 59. Jahrgang

4. Juli 2009

Potenzial für mehr als eine Million Jobs

Die überlegte Förderung von „GreenTech“ bietet gewaltige Chancen für Arbeit und Umwelt. Ein gemeinsames Positionspapier von Frank-Walter Steinmeier und Sigmar Gabriel umreißt jetzt eine ökologische Wachstumsstrategie für Deutschland. Die Chance: Über eine Million neuer Arbeitsplätze mit Zukunft.

In einem Zehn-Punkte-Plan beschreiben Steinmeier und Gabriel das Ziel einer modernen und ökologischen Industriepolitik. In der vergangenen Woche stellten sie das Positionspapier „Das neue Jahrzehnt - eine Chance für Arbeit und Umwelt“ vor. Grundlage der Überlegungen ist die Erkenntnis, dass die Finanz- und Wirtschaftskrise nicht bloß ein Betriebsunfall ist - sie bedeutet eine Zeitenwende. Darum sei auch ein Weitermachen wie bisher weder ökonomisch, noch finanzpolitisch, noch sozial verantwortlich.

Für nachhaltigen Fortschritt in Deutschland schlagen sie daher einen „sozial-ökologischen New Deal“ vor - zukunftsfähige Beschäftigung zu fairen Löhnen. Denn künftig sind Energie- und Ressourceneffizienz die entscheidenden Wettbewerbsfaktoren moderner Ökonomie. Setzt die Politik jetzt die richtigen Rahmenbedingungen, kann dies der deutschen Wirtschaft einen dauerhaften binnenwirtschaftlichen Impuls geben und mehr als eine Million Arbeitsplätze ermöglichen.

Schon heute machen die Kosten für Energie und Rohstoffe vierzig Prozent der Gesamtkosten in der Industrieproduktion aus und sind damit „der wichtigste Kostenfaktor“ - noch vor den Personalkosten, so Steinmeier. Geld, das hier eingespart wird, wird reinvestiert und fließt so direkt in neue Arbeitsplätze. Dieser Zusammenhang zwischen Arbeit und Umwelt werde angesichts erwarteter steigender Energiepreise weiter wachsen. **PM** □

Bundesparteitag:

„Merkel ruiniert Finanzen“

Finanzsenator Nußbaum greift Steuerpläne der Union an

Berlins Finanzsenator Dr. Ulrich Nußbaum hat Bundeskanzlerin Merkel vorgeworfen, mit ihren Steuerplänen die Finanzen von Bund und Ländern zu ruinieren.

Nußbaum: „Wir erleben derzeit einen starken Einbruch der Steuereinnahmen. Dieses aufgrund der Finanz- und Wirtschaftskrise aber auch aufgrund von politischen Entscheidungen wie etwa dem Bürgerentlastungsgesetz. Allein durch diese Maßnahmen brechen in Berlin Einnahmen in Höhe von 750 Millionen Euro weg. Das lässt die Länderhaushalte in eine unumkehrbare Schuldenfalle geraten. Darüber hinausgehende Einnahmeverluste sind definitiv nicht tragbar.“

Rechnet man die von der Union angestrebte Steuerentlastung von noch einmal 15 Milliarden Euro auf die Länderhaushalte um, ergebe sich alleine für das Bundesland Berlin ein zusätzlicher Einnahmeverlust von ca. 450 Millionen Euro pro Jahr, so Nußbaum. Zusammen mit dem derzeitigen konjunkturbedingten Finanzierungsdefizit des Landeshaushalts ergibt sich ein



Berlins Finanzsenator Ulrich Nußbaum.

Foto: Pressestelle

Defizit in Höhe von jährlich 2,1 Milliarden Euro. Die selbst gesteckten Ziele der Schuldenbremse werden damit zur Makulatur. „Man kann nicht einerseits eine Schuldenbremse für die Länder beschließen und gleichzeitig die Einnahmeverluste in die Höhe treiben. Das gefährdet den finanziellen Bestand der Bundesländer“, so Nußbaum. Seine Forderung an die CDU: „In Steuerdebatten sollte auch vor Wahlen endlich Ehrlichkeit einziehen.“ **U.H.** □

Stadt im Wandel:

„Eine attraktive Metropole“

Ingeborg Junge-Reyer legt Demografiekonzept vor

Für Berlin bedeutet der demografische Wandel, dass die Bevölkerungszahl langfristig bis 2030 stabil bleiben und sogar leicht wachsen wird; gegenüber 2007 wird ein Zuwachs um 60.000 Personen auf 3,476 Millionen Personen erwartet. Das geht aus dem von Stadtentwicklungssenatorin Ingeborg Junge-Reyer vorgelegten Demografiekonzept des Senats hervor.

2030 wird knapp ein Viertel der Berlinerrinnen und Berliner älter als 65 Jahre sein. Zugleich wird die Stadtgesellschaft internationaler, da bereits heute über 40 Prozent der 6- bis 15-Jährigen einen Migrationshintergrund haben. Es ist auch davon

auszugehen, dass die Vielfalt der Lebensstile und Haushaltsformen zunimmt. Inge-

IN DIESER AUSGABE:

EHRUNG IN LIDICE	S. 2
BERLINER HAUSHALT	S. 3
PATIENTENVERFÜGUNG	S. 10
DIE SDP-GRÜNDUNG	S. 13

borg Junge-Reyer: „Berlin ist eine außerordentlich attraktive Metropole, junge Menschen aus aller Welt kommen hierher, um hier zu leben. Eine der ganz großen wichtigen Aufgaben für den Senat ist es, diese jungen Menschen an die Stadt zu binden.“

BS □

Gedenken:

Die Arbeit fortsetzen

Gedenkstätte Lidice ehrt Arbeitskreis Politische Bildung

Am 13. Juni wurden Helmut Walz, der 1. Vorsitzende des Arbeitskreises Politische Bildung und Renate Froebel in Memoriam für Ernst Froebel, Gründer des Vereins, mit der Medaille der Gedenkstätte Lidice ausgezeichnet. Die Auszeichnungen wurden für die Verdienste um die „bedeutende Zusammenarbeit in den vergangenen Jahren“ verliehen, wie es in der Urkunde heißt.

Die Verleihung fand statt im Rahmen der Gedenkfeier, anlässlich der Vernichtung des Ortes Lidice, der Ermordung oder Deportation ihrer Einwohner im Juni 1942 durch die Nazi-Statthalter für das „Protektorat Böhmen und Mähren“.

Die Medaillen wurden in einer Feierstunde an 8 Frauen und Männer aus Tschechien, der Slowakei, den Niederlanden und Deutschland überreicht. Eine besondere Ehre für den Arbeitskreis und die Verpflichtung, die Arbeit für die Völkerverständigung und gegen die Intoleranz fortzusetzen.

Die ersten Kontakte zu den Überlebenden, aus dem KZ Ravensbrück zurückgekehrten Frauen nahmen Ernst und Renate Froebel 1984 auf. Als Widerstandskämpfer, der, wie sie, unter der Naziherrschaft gelitten hatte, konnte Ernst Froebel das anfängliche Misstrauen abbauen und persönliche Freundschaften aufbauen.

Auf seine Initiative entstand 1995 das Ro-



Begegnung in Lidice.

Foto: Walz

senbeet für Lidice am Rathaus Reinickendorf. Dort veranstaltet der Arbeitskreis in Zusammenarbeit mit SchülerInnen aus zwei Oberschulen am 9. November jeden Jahres eine Gedenkstunde für die Opfer von Intoleranz und Gewalt.

Seit 1999 fährt der Arbeitskreis gemeinsam mit den SchülerInnen im Juni eines Jahres nach Lidice, um an der Gedenkfeier teilzunehmen. Die Jugendlichen haben die Gelegenheit, das Museum der Gedenkstätte zu besuchen und mit den letzten noch lebenden Zeitzeugen zu sprechen.

Insgesamt sind über 300 junge Menschen mit dem Arbeitskreis nach Lidice gefahren und haben gesehen, was Hass und Gewalt bewirkt und es ist zu hoffen, dass sie gegen die menschenverachtenden Parolen der Neonazis immun bleiben.

Andreas Raue □

„Mehr als respektables Ergebnis“

SPD-Holding legt Geschäftszahlen für 2008 vor

Die Medienholding der SPD, Deutsche Druck- und Verlagsgesellschaft mbH (dd_vg.), hat das abgelaufene Geschäftsjahr 2008 angesichts des schwierigen Marktumfeldes mit einem nach eigener Einschätzung „mehr als respektables Ergebnis“ abgeschlossen: Mit einem Gewinn nach Steuern in Höhe von 15,5 Mio. Euro fiel das Ergebnis zwar um 1,7 Mio. Euro niedriger aus als im Vorjahr, lag jedoch oberhalb des Mittels der vergangenen Jahre.

Nach einem stabilen ersten Halbjahr gingen in der zweiten Jahreshälfte 2008 die Umsätze spürbar zurück, was für das Anzeigengeschäft der Verlagshäuser mit dd_vg.-Beteiligung ebenso gilt wie etwa für das Reisegeschäft. Zu einem großen Teil wurde der Umsatzrückgang jedoch über entsprechende Kostensenkungen aufgefangen.

„Der Geschäftsverlauf hat gezeigt, dass die dd_vg. mit ihren Beteiligungsunter-

nehmen trotz des schwierigen Marktumfeldes sehr gut aufgestellt ist“, kommentiert Dr. Barbara Hendricks, SPD-Schatzmeisterin und Vertreterin der Gesellschafterin der dd_vg., das Ergebnis von 2008.

Wichtige Bilanzposten und Kennziffern dokumentieren, dass sich die dd_vg. in stabiler Verfassung befindet und optimistisch in die Zukunft schauen kann: So lag der Cashflow aus laufender Geschäftstätigkeit bei 15 Mio. Euro, die Eigenkapitalquote konnte um vier Prozentpunkte auf 66 Prozent gesteigert werden.

Während die Sparten Medienbeteiligungen (minus 0,7 Mio. Euro gegenüber Vorjahr), Druck (minus 0,3 Mio. Euro) sowie Tourismus (minus 0,1 Mio. Euro) leicht rückläufig waren, präsentierte sich die Sparte Handel mit einem Plus von 0,1 Mio. Euro konjunkturresistent. Aus dem Bilanzgewinn des Jahres 2007 wurden im Geschäftsjahr 2008 an die Gesellschafterin SPD 11,4 Mio. Euro ausgeschüttet. **PM** □

POLITIK PERSÖNLICH

Franziska Drohsel, Bundesvorsitzende der Jusos, ist auf dem Juso-Bundeskongress in München mit 69 Prozent der Stimmen erneut zur Juso-Bundesvorsitzenden gewählt worden. Auch die BerlinerInnen Katrin Münch als Bundesgeschäftsführerin und Ralf Höschele als stellvertretender Bundesvorsitzender verbleiben in ihren Ämtern im Bundesvorstand.

Die 29-jährige Berlinerin Franziska Drohsel forderte in ihrer Bewerbungsrede für den Juso-Bundevorsitz, die gesellschaftliche Spaltung mit allen Mitteln zu bekämpfen. Auch mit Blick auf die Bundestagswahl wies sie darauf hin, welche Politik für die Finanzkrise verantwortlich ist: „Es sind die von und zu Guttenbergs und Westerwelles, die genau für die Politik stehen, die uns in die Krise geführt hat.“ Schon während der Aussprache mit dem SPD-Kanzlerkandidaten Frank-Walter Steinmeier setzte sich Franziska Drohsel dafür ein, dass auszubildende Betriebe zukünftig bei der Vergabe staatlicher Unterstützung bevorzugt behandelt werden.

Fritz Felgentreu, Neuköllner SPD-Vorsitzender, ehrte die Jubilare seines Kreises diesmal - gemeinsam mit dem Landesvorsitzenden der Berliner SPD Michael Müller -



im Zirkus Mondeo. „Außergewöhnliches Engagement muss auch außergewöhnlich gewürdigt werden“, so Fritz Felgentreu.

BS □

Berliner Stimme

Herausgeber: SPD Landesverband Berlin
Verlag: wegewerk GmbH, Krausnickstr. 3, D 10115 Berlin

Redaktion: Ulrich Horb (V.i.S.d.P.), Tel.: 030-4692 150, Fax: 030-4692 240, E-Mail: berliner.stimme@spd.de, Post: Müllerstr. 163, 13353 Berlin

Abo-Service: Jürgen Thomas, Tel.: 2408 36-60, E-Mail: berliner.stimme@wegewerk.de
Abonnementspreis: 25,05 Euro pro Jahr (bei Zustellung per E-Mail), 30,15 Euro pro Jahr (bei Zustellung per Post)

Druckerei: KORRekt Mailingservice Berlin



Für spannende Begegnungen zwischen Politik und Hauptstadtjournalisten sorgte auch in diesem Jahr das Pressefest der SPD-Abgeordnetenhausfraktion. Der Fraktionsvorsitzende Michael Müller wies in seiner Begrüßung vor allem auf die großen Aufgaben in der Bildungspolitik hin, die in Berlin erfolgreich angepackt werden. Mit der Einführung der Sekundarschule eröffnen sich für viele Schülerinnen und Schüler neue Perspektiven. Franz Müntefering kündigte einen engagierten Bundestagswahlkampf an und erinnerte an die Auseinandersetzungen um Willy Brandts Ostpolitik. Heute gehe es der SPD um die Bewältigung der Finanzkrise. Foto: Horb

Haushalt:

Ehrgeizige Planung

Stefan Zackenfels: Konsolidieren, Restrukturieren, Investieren

Der Doppelhaushalt 2010/2011 umfaßt nach aktuellem Stand 21,9 Milliarden Euro an Ausgaben per annum. Dem stehen rund 13,2 Milliarden Euro Einnahmen aus Steuern, rd. 2 Mrd. Euro Bundesergänzungszuweisungen und 4 Mrd. Euro sonstige Einnahmen gegenüber. Bildet man die Differenz, hat man wiederum mit rund 2,7 Milliarden Euro neuen Schulden in jedem der beiden Jahre die Not Berlins direkt vor Augen: rund 5,5 Milliarden Euro Mehrschulden in 2 Jahren: projizierte 66 Mrd. Euro insgesamt Ende 2011.

Hatten wir eine Alternative? Nein. Wir müssen sparen wo es geht, dürfen nicht nachsparen, wo es sinnlos erscheint und müssen Akzente setzen, wo wir es für richtig halten, nicht zuletzt damit die Konjunktur unterstützt wird.

Wofür geben wir das Geld nun aus? Die laufenden konsumtiven Ausgaben stellen immer den größten Brocken im Haushalt dar (rd. 11 Mrd. €). Darin enthalten ca. 5 Mrd. € Transferausgaben, Spiegelbild der immer schwierigeren sozialen Lage im Land. Der zweite Posten ist dann auch schon Personal (rd. 6,5 Mrd. €). Der Haushalt verzichtet übrigens an dieser Stelle auf Vorsorge für Tarif- und Besoldungssteigerungen. Eine klare Ansage an die Verhandlungspartner der laufenden Tarifverhandlungen.

Investitionen bewegen sich im Bereich von 1,9 Mrd. € (2010) bzw. 1,5 Mrd. € (2011). Hier hört man regelmäßig den Vorwurf, die Neuverschuldung überrage das Investitionsvolumen. Das mag sein. Allerdings befinden wir uns eben ganz ohne Zweifel in einer gesamtwirtschaftlichen Schiefelage. Viel problematischer ist, daß wir - seit Verabschiedung des Föderalismusreform-II-Paketes auf Bundesebene - vor der Herausforderung stehen, bis 2020 einen ausgeglichenen Haushalt haben zu müssen - ein Ziel mit Verfassungsrang; absurd, aber Ergebnis großkoalitionärer Logik.

Für Aufruhr sorgten bekanntermaßen die Investitionen der Charité. Vor 3 Jahren



Stefan Zackenfels ist finanzpolitischer Sprecher der SPD-Fraktion.

waren noch 330 Mio € geplant (Masterplan Charité 2010/2015). Seitdem die Schätzungen für die Sanierung des Bettenhochhauses in Mitte explodieren, hört man verstärkt die Forderung nach einem Neubau an diesem Standort. Sicher, ich verstehe das Anliegen, den historischen Standort der Marke "Charité" noch weiter ertüchtigen zu wollen; aber ich denke, die Zeit ist reif für eine fundierte Standortdiskussion. Erst das Gesamtkonzept, dann die Umsetzung der Investitionen.

Zum Schluß noch einige Einzelfragen, die jedoch für uns in den einzelnen Politikfeldern von Bedeutung sind. Die Schulstrukturreform ist in Gänze ausfinanziert (6,1 Millionen € in 2010 bzw. 12,1 Mio € in 2011). Nach derzeitigem Sachstand bleibt es auch bei den Kitabeitragsfreistellungen für das erste und dritte Kitajahr (19 bzw. 38 Mio €). Nicht berücksichtigt ist allerdings bisher die geforderte Erhöhung des Kita-Personalschlüssels um 5% (23 Mio. €).

Die LIGA Verträge werden fortgeschrieben auf Basis 2009 (12,9 Mio. €) statt wie ursprünglich vereinbart, abgesenkt zu werden. Die Bezirke wurden durch den Ist-Ansatz im Bereich HzE und andere Maßnahmen mit über 90 Mio. € entlastet.

Zusammenfassend muß man sagen: nach wie vor ein ehrgeiziger Doppelhaushalt, den Senator Dr. Nußbaum da vorlegt - aber machbar - in der goldenen Mitte zwischen Konsolidieren, Restrukturieren und Investieren. **Stefan Zackenfels** □

Tempelhof:

Erfahrene Planer

Die Adlershof Projekt GmbH wird mit der konkreten Planung für das 386 Hektar große Gelände des ehemaligen Flughafens Tempelhof beauftragt.

Der Vertrag mit der Trägergesellschaft soll in einer ersten Leistungsphase auf 6 Monate begrenzt werden. Stadtentwicklungssenatorin Ingeborg Junge-Reyer: „Mit dem Kauf der Flächen wird Berlin handlungsfähig und braucht starke Partner. Mit der Adlershof Projekt GmbH, einer Tochter der WISTA-Management GmbH, haben wir einen solchen erfahrenen und kompetenten Partner für die Entwicklung des Tempelhofer Feldes gefunden. Die dort Verantwortlichen haben ihre Kompetenz für komplexe Projekte und städtebauliche Herausforderungen bereits bei der Entwicklung des ehemaligen Flughafens Johannisthal zum Wissenschafts- und Technologiestandort Adlershof unter Beweis gestellt.“ **BS** □



Eine halbe Million Besucher zog der Christopher Street Day am vergangenen Sonnabend an, darunter auch die Bezirkspolitiker Uwe Stäglin und Marc Schulte und den Regierenden Bürgermeister Klaus Wowereit. Tolles Wetter und gute Stimmung zeichneten den 31. Umzug aus, der diesmal unter dem Motto „Stück für Stück ins Homogluck“ für die Ergänzung des Artikel 3 des deutschen Grundgesetzes um die sexuelle Identität warb. Zum 60. Geburtstag der Bundesrepublik und des Grundgesetzes sei es endlich an der Zeit, dass Schwule, Lesben, Bisexuelle und Transgender wie andere Bevölkerungsgruppen auch im Grundgesetz aufgeführt werden. Das Berliner Abgeordnetenhaus hat dazu eine Bundesratsinitiative beschlossen. Foto: Wettern

BBI-Ausbau:

Mehr Passagiere

Der künftige Hauptstadtflughafen Berlin-Brandenburg-International (BBI) in Schönefeld wird für ein Passagieraufkommen von 27 Millionen Fluggästen pro Jahr gebaut. Mit der größeren Startkapazität erhöhen sich die veranschlagten Investitionskosten von bisher 2,2 Milliarden Euro auf 2,5 Milliarden Euro. Das Finanzierungskonzept, an dem sich acht Banken beteiligen, ist jetzt unter Dach und Fach. **BS** □

Sommeruniversität:

Argumente gegen Antisemitismus

Das Zentrum für Antisemitismusforschung der TU Berlin richtet vom 7. bis 9. September 2009 mit Unterstützung der Hans-Böckler-Stiftung und des Bündnisses für Demokratie und Toleranz die vierte Sommeruniversität gegen Antisemitismus aus.

Ziel ist die Vermittlung einer notwendigen Kompetenz, antisemitischen Ressentiments mit Argumenten entgegenzutreten. Aktuelle Formen der Judenfeindschaft, ihre Präsenz im Alltagsdiskurs, in der Schule, am Arbeitsplatz und in der Freizeit stehen im Mittelpunkt der Sommeruniversität, die Fakten sowie argumentative und diskursive Formen der Abwehr vermitteln will. Die Sommeruniversität gegen Antisemitismus wendet sich an Multiplikatoren der politischen Bildung wie Lehrer und Journalisten, an Mandats- und Funktionsträger von Parteien und Gewerkschaften, Ausbilder in großen Firmen und die interessierte Öffentlichkeit. Angeboten werden Vorträge, Workshops, eine Podiumsdiskussion und eine Filmvorführung. **PM** □

➔ Anmeldung bis zum 25. August 2009 bei Verena Walter, Zentrum für Antisemitismusforschung, Technische Universität Berlin, Ernst-Reuter-Platz 7, 10587 Berlin, Fax: 31 42 11 36, Teilnahmegebühr 40,- € (Studierende 30,- €), detailliertes Programm: zfa.kgw.tu-berlin.de/alte_veranstaltungen/sommeruniversitaet2009.htm

Städtepartnerschaft:

„Vernetzung von unten“

Konferenz in Istanbul führte Organisationen zueinander

Zeitgleich zur Besuchsreise des Regierenden Bürgermeisters nach Istanbul aus Anlass des 20-jährigen Jubiläums der Städtepartnerschaft haben sich jetzt im Istanbul Kulturzentrum „Depot Istanbul“ VertreterInnen von NGOs aus beiden Städten zum Kennenlernen und zum Dialog getroffen.

Zu den Initiatoren des Dialog-Projekts gehört neben dem Forum Berlin Istanbul u.a. das August-Bebel-Institut (ABI). Dessen Geschäftsführer Ingo Siebert nannte als Ziel: „Zivilgesellschaftliche Organisationen und Initiativen aus beiden Städten werden sich vernetzen und die Städtepartnerschaft ‚von unten‘ mit Leben füllen.“ Das August-Bebel-Institut habe sich im Aufbau des Forums Berlin Istanbul engagiert, so Ingo Siebert. „Wir haben für diese zivilgesellschaftliche Konferenz im Jubiläumsjahr die Koordination übernommen und wollen mit dazu beitragen, dass die verschiedenen Erfahrungen von engagierten Menschen in den beiden Städten in einen kreativen Dialog gelangen.“

Rund 80 interessierte Besucher/innen kamen zum Auftakt in die Alte Tabakbörse, ein Projekte- und Kulturzentrum im Istanbul Hafenviertel Karaköy. In Vorträgen ging es um Themen aus den Bereichen Stadtentwicklung, Umweltpolitik, Frauen und Gleichstellung, Migration und Ge-



ABI-Geschäftsführer Ingo Siebert auf der Konferenz in Istanbul.

werkschaften in Berlin. Tillmann Heuser und Gülcan Nitsch vom BUND für Umwelt und Naturschutz präsentierten die Arbeitsfelder von Berliner Umwelt-NGOs, Mehmet Alpek vom Türkischen Bund Berlin-Brandenburg informierte über die Geschichte migrantischer Selbstorganisation und ihre Bedeutung für die Zivilgesellschaft. Ferda Sönmez und Gabriele Güntank vom Migrationsausschuss der IG Metall Berlin-Brandenburg-Sachsen sprachen über die Bedeutung der Gewerkschaften. Bereits mit einer vom 6.-9. Oktober 2009 in Berlin stattfindenden Konferenz unter dem Titel "Zivilgesellschaft(en) in Berlin und Istanbul" soll der Austausch vertieft werden. **BS** □

➔ www.august-bebel-institut.de

„Es ist schön, in Berlin zusammenzuleben“

Radiosender Metropol FM sendet seit zehn Jahren - Glückwünsche von Franz Müntefering

Im angesagten Club TUBE Station eröffnete Franz Müntefering gestern Abend die große Geburtstagsfeier des ersten türkischsprachigen Radiosenders Metropol FM.

Deutschtürken und Deutsche gemeinsam feierten mit vielen prominenten Gästen und Darbietungen türkischer Künstlerinnen und Künstler.

„Radio ist ein großes Medium der Sprache - es erreicht die Menschen sehr emotional“, so Franz Müntefering. „Mit einem Sender, der bis zu 80 % der hier lebenden Deutschtürken erreicht, werden Brücken in die Türkei und nach Deutschland hinein gebaut. Damit, dass der Sender Wissen über Deutschland vermittelt, besonders über die Bildungs- und Ausbildungsstrukturen hier, leistet er einen wichtigen Beitrag zur Integration. Was wir Sozialdemokraten zur Integration beitragen können, ist, so schnell wie möglich für das kommunale Wahlrecht zu sorgen, damit die hier lebenden Menschen nicht nur mit reden son-



Franz Müntefering mit Metropol-Geschäftsführer Tamer Ergün (li) und Gesellschafter Steffen Müller (re) von Moira Rundfunk GmbH

dern auch alle mit wählen dürfen. Auch wollen wir die doppelte Staatsbürgerschaft ermöglichen, wo sie gewünscht wird“, erklärt Franz Müntefering in seinem Grußwort.

Seit 10 Jahren ist der Radiosender Metropol FM „on air“ und hat sich zum unverzichtbaren Teil der deutschen Medienlandschaft entwickelt und sendet inzwischen in sieben weiteren Städten. „Von Experten



Björn Böhning, SPD-Direktkandidat in Friedrichshain-Kreuzberg, gehörte zu den Gratulanten bei Radio Metropol FM.

wurden wir damals als Experiment mit wenig Überlebenschancen eingestuft“, berichtet Geschäftsführer Tamer Ergün.

„Wir bauen täglich Brücken zwischen allen Teilen der Gesellschaft und vermitteln ein Stück Heimatgefühl - zu unserer Heimat Berlin! Das Signal, das vom Sender ausgeht, lautet: ‚Es ist schön, in Berlin zusammen zu leben und erfolgreich zu sein!‘“

Gabi Stern □

Soziale Stadt:

„Kein Handelsgut wie jedes andere“

Ulker Radziwill: Begrenzung der Mieterhöhung bei Neuverträgen einführen

Berlin ist eine Mieterstadt. Bezahlbare Mieten sind deshalb existenziell für die Einwohnerinnen und Einwohner der Stadt. Auf Grund der besonderen Bedeutung, die eine Wohnung hat, stellt diese kein Handelsgut dar wie jedes andere, von dessen Erwerb man absehen kann oder auch nicht; man ist auf Wohnraum angewiesen.

Es ist festzustellen, dass sich die Mietentwicklung in Berlin abgekoppelt hat von der Einkommensentwicklung, die stagnierend und teilweise sinkend ist. Die Konsequenz ist, dass immer größere Teile des den Mieterhaushalten zur Verfügung stehenden Einkommens für die Miete aufgewandt werden muss - mit der Folge, dass für die allgemeine Lebensführung ein immer geringer werdender Teil verbleibt. Staatliche Transferleistungen können die in Anbetracht der begrenzt dafür zur Verfügung stehenden Mittel nur teilweise auffangen. Es ist eine umfängliche soziale Entmischung von Wohnquartieren zu befürchten. Die damit verbundenen Probleme zu lösen, würde erheblichen finanziellen Aufwand nach sich ziehen, den letztlich der Steuerzahler zu leisten hat. Eine Lösung besteht darin, die gesetzlich eingeräumten Möglichkeiten einer Mieterhöhung zu modifizieren:

1. Derzeit kann eine Miete gemäß § 558 Absatz 3 BGB innerhalb von drei Jahren um bis zu 20 Prozent erhöht werden, nur begrenzt durch die Höhe der ortsüblichen Vergleichsmiete. Die Folge ist, dass dann die ortsübliche Miete bei deren Neufeststellung weiter angestiegen ist, zumal in diese auch einbezogen werden die Neuvermietungen, welche keine Mietzinsbegrenzung auf die Vergleichsmiete vorsehen müssen, diese in der Praxis häufig auch massiv überschreiten. Die bislang eingeräumte Mieterhöhungsmöglichkeit übersteigt die allgemeinen Lebenshaltungskostensteigerungen bei weitem. Das Ziel ist, den möglichen Mietpreisanstieg durch eine pauschalierte Festlegung im Bereich der allgemeinen Preissteigerung zu halten.

2. Derzeit besteht keine gesetzliche Regelung, um bei Neuvermietungen einen massiven Mietanstieg zu verhindern. Die Voraussetzung für eine Strafbarkeit nach dem Wirtschaftsstrafgesetz ist in Berlin nicht erfüllt; zudem bestünde diese nur, wenn die Miete mehr als 50 Prozent über der ortsüblichen Vergleichsmiete liegt.

Insbesondere die derzeitige Möglichkeit einer ungezügelter Miethöhenvereinbarung bei Neuvermietungen führt dazu, dass bei der Feststellung der ortsüblichen



Ulker Radziwill ist sozialpolitische Sprecherin der SPD-Fraktion im Berliner Abgeordnetenhaus und Mitglied im Bau/Wohnen Ausschuss. Foto: SPD

Vergleichsmiete das Mietniveau immer weiter ansteigt. Die Möglichkeit einer faktisch unbegrenzten Steigerung bei Neuvermietungen hat die unerwünschte Nebenfolge, Mobilität zu verhindern.

Ich setze mich deshalb für die Begrenzung der Mieterhöhung bei Neuverträgen bis zur Obergrenze der ortsüblichen Vergleichsmiete und eine Senkung der gesetzlichen Kappungsgrenze auf maximal 10 % in vier Jahren ein, die von vornherein Mieterhöhungsverlangen einschränkt.

Der neue qualifizierte Berliner Mietspiegel wurde Anfang Juni von der Stadtentwicklungsverwaltung vorgestellt. Dazu hat es eine Anhörung im Ausschuss Bau/Wohnen gegeben. Erstmals seit dem Mietspiegel 2000 haben wieder alle sechs Mieter- und Vermieterverbände den Mietspiegel 2009 anerkannt. Damit ist er als Instrument einer soliden rechtssicheren Mietpolitik gestärkt. Im Durchschnitt sind die Mieten in Berlin zwar nur um 1,7% gestiegen. Doch bei näherer Betrachtung, sind deutliche Entwicklungen zu erkennen:

○ Bei Neuvermietungen ist ein sehr deutlicher Anstieg der Nettokaltmiete zu verzeichnen; damit steigen die Durchschnittspreise kontinuierlich an.

○ Kleine Wohnungen sind nach wie vor überproportional hoch nachgefragt und damit ist der Quadratmeterpreis in diesem Segment deutlich angestiegen.

○ Bei Wohnungen in mittleren Lagen ist eine starke Erhöhung der Nettokaltmieten festzustellen.

○ Die Nebenkosten sind in den letzten zwei Jahren im Durchschnitt um 17% gestiegen. Seit 2004 sind die Heizkosten um 85% gestiegen.

Mit der Zulassung von immobiliengestützten Fonds durch die ehemalige rot-grüne Bundesregierung, haben sich einige Koordinaten auf der Mietenskala verändert. Gewinnmaximierung aus den Immobilienobjekten steht plötzlich mancherorts im Vordergrund. Daher ist es wichtig, dass wir keine städtischen Wohnungen mehr zum Verkauf anbieten. Die Einführung dieser Fonds war wohl einfacher, als die Auswirkungen zu begrenzen. Gewinnmaximierung ist aber begrenzt: Ich werbe für eine Bundratsinitiative zur Begrenzung der Erhöhungen bei Neuvermietungen und für die Kappungsgrenze von maximal 10 Prozent in vier Jahren.

Eine Metropole ist erst dann nachhaltig attraktiv, wenn die Lebensqualität hoch und auch guter Wohnraum erschwinglich ist. Gerade in Zeiten der Finanz- und Wirtschaftskrise zeigt sich, ob und wie die Schutzmechanismen solider Mietpolitik funktionieren. Mietpolitik war immer sozialdemokratische Politik. Bezahlbare Mieten mit guter Wohnqualität im Blick zu haben ist gute sozialdemokratische Stadtpolitik.

Ulker Radziwill □

Spenden für „Wundertüten“

Die Arbeiterwohlfahrt (AWO) in Friedenau will mit „Wundertüten“ für mehr Chancengleichheit von Kindern sorgen. Dafür sind Spenden willkommen.

Die AWO nutzt dabei ihr Potential an bürgerschaftlichem Engagement vor Ort, um in Kooperation mit Schulen in Friedenau benachteiligten Kindern in Form von Sachspenden zu helfen. Denn eine gute schulische Ausbildung ist häufig vom Fehlen kleiner Dinge bedroht: Stifte, Bücher, Papier usw. Das sind alles Dinge, die in den meisten Haushalten - zumal in Friedenau - reichlich vorhanden sind, aber eben nicht

überall. Hier setzt die AWO an: „Auf Vorschlag und in Absprache mit den Lehrerinnen und Lehrern wird für das betreffende Kind angeschafft, was nötig ist“, so die Friedenauer AWO-Vorsitzende Eva Liebchen. Diese direkte Art der Hilfe soll ohne Bedarfsprüfung, unbürokratisch und in vertrauensvoller Kooperation geschehen. Der AWO will, praktisch und 'geräuschlos' helfen. Mithilfe ist erwünscht, Spenden kommen zu 100 Prozent bei den Kindern an.

M. Radeloff □

➔ Spendenkonto: AWO Friedenau "Wundertüte" bei der SEB AG, Konto 19 82 70 72 01, BLZ 100 101 11.

FRAKTION INTERN

Einigung bei Hochschulverträgen. Der Landes- und Fraktionsvorsitzende der Berliner SPD, Michael Müller, und der wissenschaftspolitische Sprecher der SPD-Fraktion des Berliner Abgeordnetenhauses, Lars Oberg, haben die Einigung bei den Hochschulverträgen begrüßt. Beide betonten: „Die Einigung über die Finanzierung der Berliner Hochschulen für die nächsten vier Jahre ist ein großer Erfolg. Die Leistungsfähigkeit ist damit wie von der SPD zugesagt gesichert. Wir haben Wort gehalten und mit den Hochschulen einen gangbaren Weg gefunden, die Mehrbelastungen über die kommenden Jahre auszugleichen. Vorgesehen ist, dass die Hochschulen insgesamt mindestens 334 Millionen Euro zusätzlich bekommen. Das bedeutet, dass ihre Etats im Durchschnitt um 3,5 Prozent jährlich steigen. Die Einigung zeigt, dass wir im Bereich Wissenschaft einen wichtigen Schwerpunkt setzen. Sehr positiv zu bewerten ist dabei auch, dass in Berlin zusätzliche Studienanfängerplätze geschaffen werden können. Dies schafft für Abiturienten und Abiturientinnen des doppelten Jahrgangs 2012 eine echte Chance, in Berlin studieren zu können. Ziel ist es, die Zahl der Studienplätze an den Berliner Hochschulen dauerhaft zu erhöhen. Da wir mit der Schulstrukturreform in Berlin auch eine höhere Abiturquote anstreben, ist dies konsequent.“

Pressefest der SPD-Fraktion. Die SPD-Fraktion des Abgeordnetenhauses hat am 23. Juli ihr traditionelles Pressefest gefeiert. Eingeladen waren Journalistinnen und Journalisten aus den landes- und bundespolitischen Ressorts von in Berlin ansässigen Medien. Begrüßt wurden die Anwesenden von SPD Landes- und Fraktionschef Michael Müller und dem SPD-Parteivorsitzenden Franz Müntefering, der als besonderer Gast eingeladen war. Viele Journalisten nutzten die Gelegenheit, mit Müller, Müntefering, dem Regierenden Bürgermeister Klaus Wowereit und den anderen Abgeordneten ins Gespräch zu kommen.

Regenbogenstadt Berlin. Die SPD-Fraktion hat ein neues Faltblatt mit dem Titel „Regenbogenstadt Berlin“ erstellt. Darin wird die Initiative „Berlin tritt ein für Selbstbestimmung und Akzeptanz sexueller Vielfalt“ vorgestellt. Sie wendet sich gegen Diskriminierung jeglicher Art und setzt sich für ein offenes und friedliches Miteinander in allen gesellschaftlichen Bereichen ein. Das Berliner Abgeordnetenhaus hat beschlossen, dass Berlin im Bundesrat eine Änderung des Grundgesetzes initiiert mit dem Ziel, Artikel 3 um das Merkmal "sexuelle Identität" zu ergänzen.

Pankow:

Auf Leben eingestellt

Thierse traf Leichtathletin Marianne Buggenhagen

„Einen stolzen Rekord“ konnte der Gast der Talkrunde „Thierse trifft...“ am 23. Juni 2009 im Soda-Salon der Kulturbrauerei aufweisen: Marianne Buggenhagen gewann als deutsche Leichtathletin im Behindertensport 46 Medaillen, davon neun Goldmedaillen bei fünf Teilnahmen an den Paralympics. Die mehrfache Welt- und Europameisterin hält zudem drei Weltrekorde in den Disziplinen Kugelstoßen, Diskuswerfen und im Mehrkampf. Im Jahr 1994 wurde sie als Sportlerin des Jahres ausgezeichnet.

„Wo bewahren Sie Ihre vielen Auszeichnungen und Medaillen bei sich zu Hause auf? Sie müssten doch einen riesigen Schrein haben“ fragte Wolfgang Thierse seine Gesprächspartnerin. „Meine ganzen Medaillen liegen in einer Schublade, damit ich schnell rankomme, um anzugeben,“ antwortete Marianne Buggenhagen, die für ihren Humor und für ihre Schlagfertigkeit bekannt ist.

Seit ihrem 23. Lebensjahr ist Marianne Buggenhagen auf ihren Rollstuhl angewiesen. Mit Witz und Charme erzählte die in Ueckermünde aufgewachsene Sportlerin von den tragischen und wieder aufbauenden Momenten in ihrem Leben, die in ihrer Autobiografie „Ich bin von Kopf bis Fuß auf Leben eingestellt“ nachzulesen sind.

Die damals 16jährige wurde von einem „Sichter“, wie es ihn in der ehemaligen DDR gab, wegen ihrer beachtlichen Größe von 1,90m für einen Volleyballverein nach Berlin geholt. Für eine Karriere reichten ihre sportlichen Leistungen aber nicht aus. Buggenhagen bezeichnete sich selbst als frühere sportliche Niete. Sie fing eine Ausbildung als Krankenschwester an mit dem Ziel, auf einem Expeditionsschiff zu arbeiten, um die Welt kennen zu lernen. Das Schicksal machte ihr aber einen Strich durch die Rechnung. Nach einem Bandscheibenvorfall in ihrem Beruf als OP-Schwester war sie teilgelähmt und leidet seitdem an Inkontinenz. Eine unheilbare Entzündung stellten die Ärzte bei einer Operation an der Wirbelsäule fest. „Man hat mich quasi querschnittsgelähmt gemacht, um die Entzündung in den Griff zu bekommen“ erklärte Buggenhagen.

„Ich hatte keine Lust mehr weiter zu leben“ erinnerte sich die Leichtathletin. „Lange Zeit habe ich mich gegen den Rollstuhl gewehrt. Ich hatte ihn stets gefürchtet und verflucht. Dann stellte ich fest, dass der Rollstuhl Erlösung und der Beginn eines neuen Lebens war.“

Ein einschneidendes Erlebnis in die



„Zum Behinderten wird man gemacht“:
Leichtathletin Marianne Buggenhagen in der
Talkrunde „Thierse trifft...“ in der Kulturbrauerei.
Foto: Petra Wolf

Rückkehr zur Lebensfreude war der Anblick einer Rollstuhlbasketballgruppe. „Das wollte ich auch“ dachte Buggenhagen und spielte seitdem mit. „Durch den Sport konnte ich den Alltag besser bewältigen. Ich lernte von meinen Mitsportlern, die Hose im Rollstuhl anzuziehen. Ich bekam mehr Kraft und wurde durch die Übungen im Rollstuhl wendiger.“

Über ihren Therapeuten ist sie zum Kugelstoßen gekommen. Heimlich übte sie mit ihrem Ehemann für die DDR-Meisterschaften und trat schließlich 1974 an. Dabei wurde sie DDR-Meisterin in allen elf angebotenen Sportarten. Seitdem ist ihr sportlicher Erfolg auch auf internationaler Ebene ununterbrochen. Größter Triumph war, als sie nach der Wende endlich an den Paralympics teilnehmen und gewinnen konnte.

Marianne Buggenhagen berichtet aber auch von den Schwierigkeiten einer Sportlerin mit Behinderung. „Gerade bei einer Behinderung hängt sehr viel vom Materiellem ab. Dies stellte ich als Sportlerin in der ehemaligen DDR besonders fest: Die West-Behinderten waren besser ausgestattet. Sie hatten kein „Eisenschwein“ (Bezeichnung für den schweren Rollstuhl in der DDR), keinen Katheder, der jeden Abend ausgewaschen werden musste. Heute ärgert mich immer noch die Gedankenlosigkeit mancher Menschen, die mich aufmerksam machen, dass ich behindert bin, wenn zum Beispiel keine Rampe vorhanden ist oder ich eingeparkt werde. Ich sage daher: Zum Behinderten wird man gemacht.“

Ihre Lebenskraft und praktischen Erfahrungen gibt sie heute als Rehabilitationspädagogin im Klinikum Berlin Buch an Schwerbehinderte und Querschnittsgelähmte weiter. Ihren Namen tragen zwei Körperbehindertenschulen.

Petra Wolf □

cs □

Jugend & Politik:

Wie ich (fast) Kanzler konnte

ZDF-Kanzlerkandidat Jörg Steinert im Interview mit Sigurd Schwarzer

Die Wahlbeteiligung sinkt. Und viele junge Menschen haben keinen Bock auf Politik. Das ZDF hat nun die Castingshow „Ich kann Kanzler“ ins Leben gerufen, um Jugendliche für Politik zu begeistern. Über 2.500 junge Politiktalente haben sich bei der Sendung beworben. Die 40 Besten wurden von Schauspielerin Anke Engelke, Moderator Günther Jauch und Bremens Ex-Bürgermeister Henning Scherf in Bonn gecastet. Jörg Steinert (Bundesjugendbeauftragter des Lesben- und Schwulenverbandes LSVD) hat es als einziger Berliner unter die Top 14 geschafft.

Berliner Stimme: „Ich kann Kanzler“ ist eine Anlehnung an „Deutschland sucht den Superstar“?

Jörg Steinert: Nein. Das Format wurde aus Kanada importiert. Aber bei „Canada's Next Great Prime Minister“ agieren ehemalige Premierminister als Juroren. In der deutschen Jury saß der ehemalige Bremer Bürgermeister. Aber welcher - politikverdrossene - Jugendliche außerhalb von Bremen kennt Henning Scherf?

BS: Die Sendung war also ein Flopp?

Jörg Steinert: Die Idee ist gut. Denn die politischen Vorstellungen von jungen Menschen waren endlich mal gefragt. Allerdings wurde beim Publikum die Zielgruppe verfehlt. Von den rund 2,8 Millionen Zuschauern waren nur 620.000 unter 50 Jahre.

BS: Anke Engelke hat im SPIEGEL erklärt, dass sie bei einigen Kandidaten „Anleihen von Politikergehabe“ beobachtet habe: „Da



Ich kann Kanzler-Finalistin Antje Krug mit Jörg Steinert beim ZDF.

Foto: Daniel Schuster, www.dein-kanzler.de

war viel Phrasendrescherei (...) Da spürte ich bei manchen schon so eine gewisse zur Schau getragene Entspannung, die eigentlich nur Blasiertheit sein kann.“

Jörg Steinert: Anke Engelke spricht Klartext. Das vermisste ich manchmal in der Politik. Aber Anke hat auch gesagt, dass sie von einigen Kandidaten „richtig begeistert“ gewesen sei. Also nicht alle 2.500 Kandidaten waren langweilige Schnarchnasen. Viele der 40 Finalisten waren erfrischend. Aber das ZDF hat alle kontroversen Situationen und energischen Debatten zwischen Kandidaten und Jury rausgeschnitten. Auch originelle Aktionen waren nicht erwünscht. Richtige Diskussionen zwischen den Kandidaten nicht vorgesehen. Das Ergebnis ist langweilig.

BS: Warum nehmen junge Menschen an

einer politischen Castingshow teil, aber engagieren sich nicht bei den Parteien?

Jörg Steinert: Auch junge Menschen wollen wissen, wie ihre Ideen bei einem großen Publikum ankommen. Übrigens, viele der Kandidaten sind in Parteien organisiert. SPD, CDU, CSU und Grüne waren mit ihrem Nachwuchs bei der Sendung gut vertreten. Allerdings verschreckt die berühmtberühmte Ochsentour durch die Parteistrukturen viele junge Menschen - dadurch schöpfen die Parteien nicht ihr Potential aus. Ein Problem ist auch, dass abweichende Meinungen schnell platt gemacht werden. Ein Christdemokrat, der homosexuellen Paaren das volle Adoptionsrecht geben will und Schwarz-Grün auf Bundesebene als reale Option betrachtet, wird in seiner Partei doch schief angesehen. Und eine Sozialdemokratin, die die Staatsgläubigkeit in der Finanz- und Wirtschaftskrise kritisiert und Rot-Rot auch auf Landesebene ablehnt, stößt innerhalb der SPD auf ein müdes Lächeln. Aber von solchen abweichenden Meinungen, auch innerhalb der Parteien, lebt Demokratie. Leider wurde das den Zuschauern nur bedingt vermittelt. Stattdessen beschwor das ZDF Harmonie und die Große Koalition. Schrecklich!

BS: Was würdest Du besser machen?

Jörg Steinert: Ein Patentrezept habe ich auch nicht. Aber Fakt ist, Demokratie braucht kritische Demokraten. Wir sollten unsere Streitkultur besser pflegen.

Interview: Sigurd Schwarzer □

➔ Mehr Infos: www.hauptstadtteam.de

Projekte:

Im Kiez erreichbar

Verein „Stark ohne Gewalt“ mit eigenen Räumen

Der Verein „Stark ohne Gewalt“ e.V., der aus dem erfolgreichen Spandauer Präventionsprojekt gegen Gewalt und Konflikte entstanden ist, wird in der Spandauer Neustadt Mitte Juli sein neues Büro eröffnen.

Dass „Stark ohne Gewalt“ im Spandauer Kiez künftig für alle Spandauerinnen und Spandauer erreichbar ist, freut besonders Raed Saleh, Mitglied des Abgeordnetenhaus und Vorsitzender der SPD Spandau, der Mitinitiator des Projektes war. „Jeder, der mitmachen möchte, Gespräche und Kontakte sucht, Anregungen und Ideen hat, kann im neuen Büro Ansprechpartner finden. Im Namen der SPD Spandau möchte ich zur Eröffnung ganz herzlich gratulieren“, sagt er. **PM** □



Raed Saleh, Initiator des Projekts.

Foto: Büro Saleh

➔ Die feierliche Eröffnung des Büros von „Stark ohne Gewalt“ findet statt am Donnerstag, 16.07.2009, um 18.00 Uhr im Paul-Schneider-Haus, Schönwalder Straße 23 13587 Berlin-Spandau. Telefonisch ist das Büro danach unter 250 184 71 erreichbar.

Atomenergie:

Großdemo: Am Ausstieg festhalten

Mit einer Großdemonstration in Berlin will die deutsche Anti-Atom-Bewegung gut drei Wochen vor der Bundestagswahl am 5. September ihrer Forderung nach einem zügigen Ausstieg aus der Kernenergie Nachdruck verleihen.

Die Kundgebung am 5. September am Brandenburger Tor richtet sich gegen Pläne für längere AKW-Laufzeiten und ein Endlager in Gorleben.

Bereits in den Tagen vor der Demonstration wollen atomkritische Landwirte aus dem Wendland mit einem Treck in die Bundeshauptstadt gegen ein Atomüll-Endlager in Gorleben protestieren. „Nirgendwo auf der Welt funktioniert ein Endlager“, sagte eine Sprecherin der Bäuerlichen Notgemeinschaft. **PM** □

Ökologische Industriepolitik:

Deutschland als „grüne Macht“

Klimaschutz als Lösung der Wirtschaftskrise? - SPD-Landesgruppe lud zur Diskussion

In welcher Wirtschaft wollen wir nach der Krise leben? Die Berliner Landesgruppe der SPD-Bundestagsfraktion fand auf diese Frage eine klare Antwort: Nur eine Wirtschaft, die sich die enormen Potenziale der Ökologie für Wachstum und Beschäftigung zu Nutze macht, hat eine Zukunft.

Auf einer „Fraktion-vor-Ort“-Veranstaltung zur ökologischen Industriepolitik wurde deutlich, dass wir auf die Krise nicht nur mit Reparaturen und Ausbesserungen reagieren dürfen. Angesichts der globalen Herausforderungen von Klimawandel und knapper werdenden Energieressourcen ist eine langfristige Strategie nötig, um die Wirtschaft unseres Landes strukturell umzubauen und zukunftssicher zu machen.

INDUSTRIEPOLITIK IN ZEITEN KNAPPER ROHSTOFFE

Doch warum sollte man in Zeiten, in denen sich die Öffentlichkeit vor allem mit staatlichen Rettungsaktionen und Insolvenzen befasst, über ökologische Industriepolitik diskutieren? Weil diese Krise nicht als isoliertes Phänomen auftritt. Die Weltwirtschaftskrise und der globale Klimawandel sind vermutlich die größten Herausforderungen unserer Zeit. Beide treffen die Industrie weltweit hart und werden sich langfristig auf das Wirtschaftsleben auswirken. Eines ist sicher: Unsere Gesellschaften basieren zu einem großen Teil auf Industrie. Angesichts höherer Lebenserwartung, steigender Bedürfnisse und einer globalen Konkurrenz mit aufstrebenden Staaten wie China oder Indien bleibt die Industrie ein entscheidender Faktor, anders ist unser Lebensstandard nicht zu sichern.

In den vergangenen Jahren ist die Nachfrage nach Energie und Rohstoffen immens gewachsen. Dies führte bereits zu rasant steigenden Preisen auf den Märkten. Bei vielen Bürgerinnen und Bürgern ist das zur Verfügung stehende Einkommen durch steigende Kosten für Benzin, Gas, Strom oder Heizöl stark eingeschränkt. Die Energie- und Ressourcenfrage ist zu einer ökonomischen, ökologischen und sozialen Schlüsselfrage geworden. Angesichts steigender Energiekosten, der begrenzten Verfügbarkeit fossiler Brennstoffe und der Belastungen für Klima und Umwelt durch die traditionellen Energieträger müssen wir wirtschaftliches Wachstum vom Ressourcenverbrauch so weit wie möglich abkoppeln. Das ist das Ziel einer ökologischen Industriepolitik.



Diskussionsrunde: Matthias Machnig, Eva Högl, Dagmar Roth-Behrendt, Prof. Anke Hassel und Jörg-Otto Spiller. Foto: Büro Högl

DEUTSCHLAND ALS „GRÜNE MACHT“

Die Notwendigkeit zum ökologischen Umbau der Wirtschaft betonte Matthias Machnig, Staatssekretär im Bundesumweltministerium, eindrucksvoll in einem Impulsreferat, das zeigte, dass auch Umweltthemen mit „Herz und Schnauze“ präsentiert werden können, jenseits konservativer Polemik und grüner Betroffenheitsrhetorik. Er erklärte, wie es sich gerade angesichts der weltweiten Krise bewährt habe, dass die SPD auf eine ökologische Industriepolitik setze und verwies auf die Notwendigkeit neuer „grüner“ Branchen, um so den Anforderungen des Klimaschutzes gerecht zu werden. Die bisherigen Anstrengungen der Politik in diesem Bereich könnten sich sehen lassen. Die Anzahl der Beschäftigten in der Branche der erneuerbaren Energien stieg, nicht zuletzt dank der gezielten staatlichen Förderung, von 250.000 im Jahr 2007 auf knapp 280.000 im Jahr 2008 - ein Plus von mehr als 10 Prozent. Die gesamte Branche konnte 2008 ein deutliches Umsatzplus von rund 30 Milliarden Euro verbuchen. „GreenTech Made in Germany“ hat einen guten Ruf. Deutsche Hersteller gehören zu den Weltmarktführern. Während früher Autos, Bier und Lederhosen das Bild im Ausland prägten, werde, so Machnig, Deutschland heute in der Welt vor allem als „grüne Macht“ wahrgenommen.

EUROPA MUSS GEMEINSAM HANDELN

Dass bei allen nationalen Anstrengungen die europäische Perspektive einer ökologischen Industriepolitik nicht außer Acht gelassen werden darf, betonten die Berliner Bundestagsabgeordnete Dr. Eva Högl und die Europaabgeordnete Dagmar Roth-Behrendt in ihren Redebeiträgen. Es bedarf

im Bereich der ökologischen Industriepolitik einer gemeinsamen Richtung in Europa, „einer europäischen Industriepolitik mit ökologischem Vorzeichen“, so die Europaexpertin Högl. Wirtschafts-, Umwelt-, Beschäftigungs- und Sozialpolitik dürften in Europa nicht getrennt voneinander gedacht werden. Vielmehr müsse europäische Politik stets ein Dreiklang aus Ökonomie, Ökologie und Sozialem sein. Ein gemeinsames Handeln in allen drei Politikbereichen auf europäischer Ebene sei unabdingbar, wenn Europa seine Vorreiterrolle im internationalen Klimaschutz festigen und weiter ausbauen wolle.

Auch für Europa gilt, dass eine ökologische Industriepolitik, etwa beim Ausbau der erneuerbaren Energien nicht nur in den Bereichen Versorgungssicherheit und Klimaschutz Vorteile bringt, sondern auch im Hinblick auf Wirtschaft und Beschäftigung. Bis 2020, so die Prognosen, können in der EU 2,8 Millionen neue Arbeitsplätze im Bereich der erneuerbaren Energien entstehen. 2005 waren in dieser Branche 1,4 Millionen Menschen beschäftigt. Darüber hinaus könnte bis 2020 ein Wertezuwachs von 1,1 Prozent des europäischen Bruttoinlandsprodukts geschaffen werden. Voraussetzung hierfür ist, dass das Ziel eines 20-Prozent-Anteils erneuerbarer Energien am gesamten Energieverbrauch bis 2020 erreicht sein muss.

GLOBALE KRISEN FORDERN GLOBALES HANDELN

Entscheidend ist, dass bei einer globalen Krise, nicht nur nationale oder europäische sondern auch globale Antworten gefunden werden. Prof. Dr. Anke Hassel, Professorin für Public Policy an der Hertie School of Governance, plädierte in diesem Zusammenhang dafür, Ökonomie und Ökologie generell nicht weiter gegeneinander auszuspielen oder als unvereinbar zu betrachten. Konjunkturelle Anreize in Zeiten der Weltwirtschaftskrise müssten den Klimaschutz berücksichtigen und ökologisch nachhaltige Branchen und Produkte fördern. In der sich anschließenden Diskussion waren sich Podium und Gäste einig, dass Umwelt und Wirtschaft die zwei Seiten derselben Medaille seien.

Fazit: Die Weltwirtschaftskrise erfordert ein neues, globales Denken. Umwelt- und Klimaschutz sind hier Teil der Lösung und Grundlage einer nachhaltigen Wirtschaft der Zukunft. Deshalb ökologische Industriepolitik mit der SPD.

Doreen Kerinnis / Georg Löffmann □

Zugangssperren:

„Es wird keine neue Zensur geschaffen“

Klaus Uwe Benneter: Zugang zu Kinderpornografie im Internet erschweren

Wir haben jetzt ein Spezialgesetz mit dem sperrigen Namen "Zugangsschwerungsgesetz" verabschiedet. Spezialgesetz deshalb, um eindeutig klarzustellen, dass nur Internet-Seiten mit Kinderpornografie mit diesem bis Ende 2012 befristeten Gesetz gesperrt werden können. Es war schon kurios: Die Internet-Gemeinde einerseits fürchtete um die Freiheit dieses neuen Mediums und die Familienministerin von der Leyen behauptete populistisch andererseits, allein sie wolle die widerliche Kinderpornografie im Internet bekämpfen.

Jetzt hat sich die SPD-Bundestagsfraktion auf der Basis der Vorgaben des SPD-Parteivorstandes mit ihren Kernforderungen durchgesetzt. Es wird keine neue Zensur geschaffen. Das Internet als Raum der Kommunikation, der Diskussion, des Wissens und der Information bleibt frei. Und dennoch wird der Versuch unternommen, Kinderpornografie-Seiten vom Internet zu nehmen.

DEN EFFEKTIVEN SCHUTZ VON KINDERN WOLLEN ALLE

Alle wollen einen effektiven Schutz von Kindern und Jugendlichen vor sexueller Gewalt und Ausbeutung. In unserem Strafgesetz haben wir dazu schon alles Mögliche unter Strafe gestellt. Zudem hat die SPD-Bundestagsfraktion mit ihrem 10-Punkte-Plan dazu ein umfassendes Konzept vorgelegt.

Wir haben folgende Situation: Trotz internationaler Anstrengungen nimmt die Kinderpornografie im Internet zu. Der abscheuliche Handel mit kinderpornografischem Material hat sich zu einem Wirtschaftszweig entwickelt, in dem man eine Menge Geld verdienen kann. Deshalb ist der Kampf gegen die Kinderpornografie im Internet ein wichtiges Thema, deshalb mussten wir in Deutschland einen Weg finden. Denn das Internet ist kein rechtsfreier Raum.

KEINE LEICHTE ENTSCHEIDUNG

Mit dem Gesetzentwurf zur Bekämpfung der Kinderpornografie in Kommunikationsnetzen haben wir es uns nicht leicht gemacht. Auch ich habe meine Bedenken in einer schriftlichen Begleiterklärung zur Abstimmung öffentlich gemacht. Aber andere Länder haben es uns vorgemacht. In Norwegen zum Beispiel werden seit 2004 täglich rund 18.000 Zu-



Klaus Uwe Benneter.

Foto: SPD

griffe auf 8000 gesperrte Seiten abgewehrt.

WIR WOLLEN KEINE ZENSUR DES INTERNETS

In Deutschland gibt es mit dem sog. "Zugangsschwerungsgesetz" künftig ein Spezialgesetz nur für Seiten mit kinderpornografischen Inhalten und keine Änderung des Telemediengesetzes, das grundsätzlich für alle Internetseiten gilt. Damit sind Frau von der Leyen und die Union mit ihrem Vorhaben gescheitert, die Sperren einzig auf vertraglicher Grundlage mit den Providern zu vereinbaren. In solchen nichtöffentlichen Verträgen hätte man problemlos weitere Seiten aufnehmen können. Für uns war immer klar, dass mit dem Gesetz nicht die Voraussetzungen dafür geschaffen werden dürfen, später auch andere Internetseiten wie zum Beispiel Computerspiele oder Glücksspiele zu sperren. Wir kämpfen auf internationaler Ebene gegen die Zensur des Internets und wollen sie auch nicht in Deutschland!

Der dann gefertigte Gesetzentwurf aus dem Hause von der Leyen war für uns, die SPD, nicht akzeptabel. Wir wollten eine Reihe von Änderungen und haben uns mit unseren Forderungen durchgesetzt.

LÖSCHEN VOR SPERREN

Wir haben das Subsidiaritätsprinzip im Gesetz verankert. Der Grundsatz ist nun: "Löschen vor Sperren". Die Aufnahme in die Sperrliste des BKA erfolgt nur, wenn nachweislich Maßnahmen, die auf eine Löschung der Internetseiten abzielen, keinen Erfolg haben. Bereits nach heutiger Rechtslage können Kinderpornografie-Seiten, die

sich auf deutschen Servern befinden, von den Internet Providern selbstverständlich heruntergenommen werden. Ein solcher direkter Zugriff ist aber im Ausland nicht möglich. Nur deshalb stellt sich die Frage nach den Zugangssperren.

PRÜFUNG DER LISTEN DURCH UNABHÄNGIGE EXPERTEN

Das Gesetz schafft auch keine geheime, zentral gesteuerte Zensur. Die Liste der gesperrten Seiten wird in Zukunft regelmäßig von einem unabhängigen Gremium, das beim Bundesdatenschutzbeauftragten angesiedelt ist, kontrolliert. Eine unkontrollierte Sperrung und eine geheime Sperrung bei einer Polizeibehörde werden dadurch verhindert. Gegen die Aufnahme in die Sperrliste steht den Betroffenen zudem der Rechtsweg offen. Ministerin von der Leyen wollte mit den Providerverträgen ohne gesetzliche Grundlage eine Kontrolle ohne Grundrechtsschutz - das haben wir verhindert.

Es wird auch keine Speicherung zum Zweck der Strafverfolgung geben. Niemand muss also Angst haben, wenn er oder sie aus Versehen auf eine kinderpornografische Seite kommt oder aus Versehen gesperrte Seiten aufruft. Damit wird auch ausgeschlossen, dass durch Spam-Mails fehlgeleitete Nutzer und Nutzerinnen plötzlich mit einem Ermittlungsverfahren konfrontiert sein können.

Wir haben außerdem durchgesetzt, dass das Gesetz befristet ist und evaluiert wird. Am 31. Dezember 2012 tritt das Gesetz automatisch außer Kraft, wenn die Auswertung der Evaluation nicht eindeutig ergibt, dass es sich wirklich bewährt hat.

ERFOLG DER NETZ-COMMUNITY

Dass wir uns als SPD so weitgehend mit unseren Forderungen durchsetzen konnten, ist ganz klar auch ein Erfolg der Netz-Community. Deren massive Kritik hat viel dazu beigetragen, dass auch die CDU/CSU einsehen musste, mit vielen geplanten Regelungen auf dem Holzweg zu sein.

Jetzt sollten wir uns im Rahmen unserer Gesamtstrategie vornehmen, erstens noch eventuell vorhandene strafrechtliche Lücken im Pornografiebereich zu schließen und zweitens anhand der Evaluierung des neuen Gesetzes wirksame Möglichkeiten zu entwickeln, Kinderpornografie aus dem Internet zu verbannen, ohne die Freiheit und Unbegrenztheit dieses Mediums zu beschränken. **Klaus Uwe Benneter** □

Gesundheit:

Die Würde bleibt unantastbar

Mechthild Rawert zur Einigung über ein Patientenverfügungsgesetz

Nach über sechsjährigen Diskussionen hat der Deutsche Bundestag am 18. Juni den Entwurf des Dritten Gesetzes zur Änderung des Betreuungsrechts (Patientenverfügungsgesetz) verabschiedet, das das Selbstbestimmungsrecht auch beim Sterben anerkennt. Es berücksichtigt, dass jede/r Betroffene entscheiden können muss, welche Art von medizinischer Behandlung er oder sie erfahren möchte. Sei es bei einer unheilbaren Krankheit oder nach einem schweren Unfall.

Ich hatte mich seit Langem für den letztlich mehrheitsfähigen Entwurf von Joachim Stünker und KollegInnen eingesetzt. Deshalb freue ich mich, dass es mit dessen Verabschiedung gelungen ist, für die Patientinnen und Patienten, die Ärztinnen und Ärzte sowie die betroffenen Angehörigen endlich mehr Klarheit und Rechtssicherheit zu schaffen. Ich halte den gefundenen Kompromiss für ausgewogen. Es ist ein gutes Gesetz geworden.

DAS RECHT AUF SELBSTBESTIMMUNG

Kernpunkt des beschlossenen Gesetzes zur Patientenverfügung ist die so genannte unbeschränkte Reichweitenbegrenzung. Das bedeutet, dass die in einer PatientInnenverfügung getroffenen Entscheidungen über Verweigerung oder Durchführung bestimmter ärztlicher Maßnahmen vor allem auch dann gelten, wenn die Patientin/der Patient sich nicht mehr selbst äußern kann.

Für eine Ärztin/einen Arzt, das haben die umfangreichen ExpertInnenanhörungen der vergangenen Jahre deutlich gezeigt, ist das Spannungsfeld zwischen PatientInnenwillen und medizinisch Möglichem oft schwer in Übereinstimmung zu bringen. Einerseits entwickeln sich die medizinisch-technischen Möglichkeiten rasant: Was gestern unmöglich schien, ist morgen oft schon Behandlungsroutine. Andererseits gilt eine PatientInnenverfügung, oft schon vor vielen Jahren verfasst, auch im Zeitalter des medizinischen Hightech-Zeitalters unmittelbar und bindend.

DER EID DES HIPPOKRATES

Ich weiß, dass Ärztinnen und Ärzte sich zuallererst über ihren Hippokratischen Eid definieren und alles tun möchten, um das Leben in irgendeiner Form - und sei es an Schläuchen oder mit Magensonden - zu erhalten.



Sieht den Beschluss zur Patientenverfügung als Erfolg: die Bundestagsabgeordnete Mechthild Rawert aus Tempelhof-Schöneberg. Foto: SPD

Wenn sich aber ein Patient/eine Patientin dezidiert dafür entschieden hat, nicht an Schläuchen dahinsiechen zu wollen oder neuartige Behandlungsmethoden ertragen zu müssen, haben Ärztinnen und Ärzte das zu akzeptieren oder die Behandlung an eine/n Kollegin abzugeben.

ZUSAMMENWIRKEN ZWISCHEN ARZT UND BETREUER

Auch der so genannte dialogische Prozess, das Zusammenwirken zwischen Arzt und Betreuer, ist explizit im Gesetz integriert. Tritt eine in der Patientenverfügung beschriebene Situation ein, ist es Aufgabe des Betreuers oder des Bevollmächtigten zu prüfen, ob die Festlegungen in der Patientenverfügung auf die konkrete Lebens- und Behandlungssituation des Betroffenen anzuwenden sind.

Die vom behandelnden Arzt vorgeschlagene ärztliche Maßnahme wird zwischen BetreuerIn und Arzt/Ärztin unter Berücksichtigung des PatientInnenwillens erörtert. Treffen die in der PatientInnenverfügung getroffenen Festlegungen auf die vorliegende Lebens- und Behandlungssituation zu und gibt es keine konkreten Anhaltspunkte dafür, dass der Betroffene seine Entscheidung geändert hat, ist dem Behandlungswillen des Betroffenen in jedem Fall zu entsprechen. Dies führt zu einer Entlastung der Angehörigen und Rechtssicherheit für ÄrztInnen.

Bei einer fehlenden schriftlichen Willensäußerung eines Patienten oder einer Patientin ist es natürlich weiterhin Aufgabe von Ärztin/Arzt sowie BetreuerIn, den mutmaßlichen Willen zu ermitteln. Hier gilt die bereits nach geltendem Recht bestehende Bindung des Betreuers an die Behandlungswünsche des Betreuten weiterhin. Diese Klarstellung ist wichtig, wenn ein konkreter und situationsbezogener PatientInnenwille feststellbar ist, dieser aber nur mündlich geäußert wurde und deshalb keine unmittelbare Bindungswirkung gegenüber dem Arzt entfalten kann.

GANG ZUM ARZT ODER NOTAR WIRD NICHT VERPFLICHTEND

Der Vorschlag, eine Beratung zu einer Patientenverfügung zwingend bei einem Arzt/einer Ärztin durchführen zu müssen, wurde, wie ich finde zu Recht, nicht in den Gesetzestext aufgenommen. Eine solche Beratung kann auch durch nichtärztliche, im Umgang mit PatientInnenverfügungen erfahrenen Einrichtungen oder Personen geschehen. Ich denke hier beispielsweise an fachkundige Verbände, VertreterInnen von Glaubensgemeinschaften oder Selbsthilfegruppen. Auch der verpflichtende Gang zum Notar, wie es die UnterstützerInnen des sog. Bosbach-Entwurfs gefordert hatten, um einer PatientInnenverfügung Rechtswirksamkeit zu geben, fand keine Mehrheit.

WAS ZU TUN BLEIBT

Was bedeutet der Beschluss des Bundestages nun für die Zukunft? Zuerst einmal: Niemand kann zur Formulierung einer Patientenverfügung verpflichtet werden.

Nach meiner festen Überzeugung kann auch niemand für alle möglichen Varianten des Lebens oder Ablebens rechtliche Vorgaben machen.

Das haben wir auch erst gar nicht versucht. Doch ist es uns gelungen, die Unsicherheit und Zweifel in Teilen der Bevölkerung zu minimieren und jedem Menschen sein Recht auf Selbstbestimmung bis ans Lebensende zu sichern.

Die Themen Tod und Sterben sind ein zutiefst menschliches und wird von vielen leider allzu lange verdrängt. Ich möchte an dieser Stelle deshalb an jede und jeden appellieren, seine/ihre persönliche Situation dahingehend zu überprüfen, welche Vorkehrungen sie/er für ihr/sein unbedingtes Recht auf Selbstbestimmung getroffen hat.

Mechthild Rawert, MdB □

Wahlkampf:

Näher an Europa

Mark Rackles: Lehren aus der Europawahl 2009 ziehen

Mit 20,8% hat die SPD ihr historisch schlechtestes Ergebnis bei einer bundesweiten Wahl seit 1945 eingefahren, dennoch bleiben tieferegehende Analysen bislang aus. Franz Müntefering und die Experten im Parteivorstand stellen auf ein nicht näher ergründetes „Mobilisierungsproblem“ ab, das unzweifelhaft besteht. Dieses Mobilisierungsproblem dürfte zwei Dimensionen haben: eine europapolitische (Europapolitik und mit ihr die Europawahlen sind nicht besonders sexy) und eine hausgemachte bundespolitische Dimension.

Vor den anstehenden Bundestagswahlen macht es wahrscheinlich Sinn, das Mobilisierungsproblem eher in der fehlenden Zugkraft von Europathemen zu sehen. Allerdings besteht eine sehr reale Gefahr, dass das Erklärungsmuster für das desaströse Abschneiden der Bundes-SPD 2004 nach wie vor Gültigkeit hat: Die SPD hat damals mit den Agenda-/Hartz-Reformen nicht nur einen erheblichen Teil ihrer Mitglieder und WählerInnen eingebüßt, sondern als langfristige Wirkung auch einen Teil ihres „Markenkerns“ als soziale Kraft. Wir scheinen nach wie vor - trotz programmatischer, wenn auch sehr vorsichtiger - Absetzbewegungen zur damaligen Politik ein Glaubwürdigkeitsproblem bei den WählerInnen zu haben, wenn es um die Ausgestaltung des sozialen Europas, Durchsetzung von Mindestlöhnen oder um Gegenentwürfe zu neoliberalen Gesellschaftsentwürfen der Konservativen geht.

Ich will mich aber - auch aus Parteidisziplin im Wahlkampf - nicht dieser Glaubwürdigkeitsfrage (die immer eine inhaltliche und personelle ist) widmen, sondern eine erste Einschätzung der originär europäischen Defizite der Europawahlen vornehmen. Die Wahlbeteiligung hat sich in Europa insgesamt auf einem sehr schwachen Niveau von etwas über 40% eingependelt. Was kann man/frau tun, um dem Paradox entgegenzuwirken, dass das Europaparlament immer bedeutsamer wird, die EP-Wahlen aber von immer weniger Menschen als bedeutsam wahrgenommen werden? Ich sehe fünf wesentliche Ziele bzw. Herausforderungen.

Personalisierung: Gerade weil Europa so abstrakt ist, bedarf es einer stärkeren Personalisierung. Das betrifft sowohl die europäische Ebene mit der Notwendigkeit europaweiter Spitzenkandidaten/Spitzenkandidatinnen als auch die stärkere personelle Präsenz von Europaabgeordneten vor Ort. Um die MdEPs als politische Akteure



Mark Rackles ist Landeskassierer der Berliner SPD, er kandidierte als Nachrücker von Dagmar Roth-Behrendt für das Europäische Parlament.

vor Ort erkennbar werden zu lassen, könnten sowohl Direktwahlkreise eingerichtet werden als auch die Sitzungswochen des EP so umgestellt werden, dass mehr Zeit für die Wahlkreisarbeit im engeren Sinn bleibt. Die Einrichtung von Wahlkreisen ist bereits heute problemlos möglich, muss lediglich das Prinzip der Verhältniswahl als Vorgabe beachten und ist auch in der Ausgestaltung als Mehrpersonenwahlkreis wie etwa in Frankreich denkbar.

Polarisierung: Im EP-Wahlkampf wurde immer wieder von Bürgerinnen und Bürgern geäußert, dass völlig unklar sei, wen man warum wählen sollte. Die Differenzierung zwischen den großen Blöcken/ politischen Familien ist auf europäischer Ebene kaum kommunizierbar, da durch die Besonderheiten der europäischen Meinungsfindung am Ende eines Entscheidungsprozesses das Thema so glattgeschliffen ist, dass kein Akteur mehr erkennbar ist. Zudem werden 80 - 90% der Dossiers traditionell zwischen den großen Blöcken EVP und SPE in einer faktischen großen Koalition verhandelt. Ohne eine Polarisierung und wahrnehmbare Differenzierung politischer Positionen ist jedoch weder mit medialer Aufmerksamkeit noch mit einem nachhaltigen Wählerinteresse zu rechnen.

Daher müsste auf die sog. technische Vereinbarung zwischen EVP und SPE verzichtet werden, die die interne Konsensfindung im EP faktisch festschreibt und erheblich stärker auf die - wesentlichen - Unterschiede in den politischen Ansätzen der jeweiligen Europapolitik und deren nationale Umsetzung abgestellt werden. Hierzu wäre auch ein engeres Zusammenspiel der FraktionssprecherInnen im Bundestag mit ihren MdEP-Pendants sinnvoll; mit den Stichworten der MdEPs aus Brüssel formulieren die nationalen - und in der Fachöffentlichkeit/ bei den Medien bekannten - SprecherInnen eine gemeinsame, gegen den konservativ-liberalen Block gerichtete

Presseerklärung. Personalisierung und Polarisierung sind hier im engen Wechselspiel zu sehen und kaum voneinander zu lösen.

Positive Identifizierung: Ein Sonderaspekt der nötigen verstärkten Personalisierung ist die Verantwortung nationaler und lokaler Akteure/MandatsträgerInnen in Sachen Europa. Nur wenn auch diese eine aktive, wahrnehmbare positive Identifizierung mit Europa vorleben, kann sich das Bewußtsein für die Bedeutung der EP-Wahlen aufbauen. Dabei geht es um mehr als um den oft zitierten, kurzfristigen Populismus, dass die Väter des Erfolges immer auf nationaler Ebene und die Mütter der Mißerfolges bzw. unpopulärer Maßnahmen immer in Brüssel zu finden sind. Regierungsmitglieder auf Bundes-, Länder- und kommunaler Ebene sind die eigentlichen TrägerInnen des Europagedankens; erst wenn ein Regierungschef wie Klaus Wowereit bei BBI und EU nicht zuerst an Beihilfenkontrolle (und damit Hürden) denkt, sondern laut über die durch die EU-Erweiterung bedingten Entwicklungspotentiale und Wachstumsimpulse der Region debattiert, kann sich bei den WählerInnen ein Bewußtsein für die Bedeutung der EU entwickeln, über die alle 5 Jahre zur Wahl aufgerufen wird.

Popularisierung: Auch wenn man auf dünnes Eis gerät: Europa ist zu kompliziert und der Mehrheit der Menschen zu komplex. Das ist zum Teil unvermeidbar, sofern es auf die geografische Größe, kulturelle Heterogenität und das abstrakte Niveau einer Vielzahl von Regelungsbereichen zurückgeht. Es gibt aber mindestens einen genauso großen Anteil an Komplexität, die fast künstlich in Sprache, Verfahrensregelungen und Intransparenz erzeugt wird. Auch wenn der Lissabon-Vertrag hier einiges verbessern wird, bestehen für die EU noch große Potentiale, ihre Politik für Ausenstehende (aber eben zugleich Betroffene) einfacher zu gestalten. Eine „Popularisierung“ der Europapolitik sowohl im administrativen Bereich als auch im politischen Bereich (mit mehr Mut zu vereinfachten, klaren und im Zweifel polarisierenden Botschaften) könnte auch Demokraten und pro-europäischen Kräften gut anstehen und sollte nicht als Instrument von Rechtspopulisten verworfen werden.

Parlamentarisierung: Schließlich muss das EP weiter in Richtung eines „echten“ Parlaments gestärkt und ausgebaut werden. D.h. insbesondere die direkte Wahl der „Regierung“ in Form der Kommission. Erst wenn die Stimme zu den EP-Wahlen sich in der Wahl/ Nichtwahl eines/einer bestimmten KommissionspräsidentIn und in der Folge auch der Kommissionsmitglieder niederschlägt, ist die Stimme und damit der Wahlgang im traditionellen demokratischen Sinn sinnvoll. **Mark Rackles** □

SDP-Gründung:

Die Ideale bewahren

Ein persönlicher Rückblick ins Jahr 1989

Die Fälschungen bei der DDR-Kommunalwahl im Mai 1989 waren nichts Neues, aber dass sie öffentlich wurden - das machte auch uns deutlich, dass sich etwas geändert hatte und sich weiter ändern müsste und würde.

Hinter uns lagen viele Jahre, in denen wir - vor allem auch in Gesprächskreisen der evangelischen Kirche - nur hinter verschlossener Tür diskutiert und versucht hatten, unserer kritischen Haltung Ausdruck zu geben, um nicht zu ersticken. Wir gingen in die Friedensbibliothek, die Gethesemane- und in die Samariterkirche und meine Söhne waren dort in der Jungen Gemeinde aktiv (mit sehr negativen Folgen für ihre Bildungschancen).

Die DDR zu verlassen, war immer eine Option, aber viele Persönliche hielt uns davon ab, wenn wir auch erst durch die „Perestroika“ Hoffnung bekamen, dass ein Wandel hin zu mehr Demokratie möglich sein könnte. Dann setzten die durch die Entwicklung in Ungarn möglich gewordenen Massenfluchten ein - für mich ein Sommer am Fernseher! Ich hatte mir eine schlimme Fraktur zugezogen und war zum Liegen verdammt, da durch den Ärztemangel aufgrund der Fluchtbewegung weder eine OP noch eine adäquate Behandlung möglich waren.

Während einer Reha im Sommer 89, die ihren Namen nicht verdiente, gab es dann nur ein kleines Kofferradio, mit dessen Hilfe eine andere Patientin und ich heimlich Nachrichten hörten, denn Fernsehen und Radio des „Klassenfeindes“ waren in der Klinik verboten. Wieder zu Hause - Dauer-TV und eine ungeheure Spannung, wie es weitergehen würde. Dann im Oktober die Gründung der SDP - wir waren begeistert und versuchten, Kontakte zu finden, was vorläufig vergeblich war. Es gab kaum eine Zeit, die mich auch emotional so berührte, wie diese Umbruchphase. So wurde der 4. November auf dem Alex vorbereitet und meine Freundin Anneliese Funke ging mit einem selbst gefertigten Plakat auch in meinem Namen zur Kundgebung. Dieses Datum ist bis heute nicht nur für mich das eigentliche Datum der friedlichen Revolution.

Am 9. November flog ich über Budapest zu meinem Mann nach Griechenland und schon auf dem Flugplatz war alles bei den Kontrollen so ungewöhnlich anders und freundlich. Angekommen rief ich in Berlin an und erfuhr die Sensation vom Mauerfall! Nicht fassen konnte ich das zunächst und die nächsten Tage waren vom Versuch bestimmt, deutsche Zeitungen zu bekom-



Karin Sarantis-Aridas in der BVV. Foto: privat

men. Wieder in Berlin ging die Suche nach Kontakten zur SDP weiter, weil ich endlich etwas tun wollte. Dann gelang es über Umwege und zusammen mit meinem Mann und unseren Freunden wurde ich am 20. November Mitglied und war gleich mittendrin im Aufbau der Basisgruppen in Friedrichshain. Was mich bewegte, das wurde auch zum Motto meiner weiteren politischen Arbeit: „Nur wer sich einmischt, kann verändern!“

Die nächsten Monate waren bestimmt von heißen Diskussionen um die Zukunft (Bekanntnis zur deutschen Einheit im Dezember - anders als Oskar Lafontaine) und vom Engagement, nicht nur in der Partei, sondern auch an den Runden Tischen, um konkret vor Ort etwas zu bewirken. Wir wollten die Welt verändern und dann gehörten wir endlich auch richtig zur Partei Willy Brandts!

Unvergessen bleibt die Hilfe, die wir von den Genossen aus Wilmersdorf bekamen - logistisch und mit Material, ganz praktisch an den Infoständen, aber vor allem auch mit Erfahrungen und Rat. Der wurde mir besonders wichtig, als es darum ging, Listen für die Wahlen im März 1990 aufzustellen. Ich traute mir zunächst nicht zu, in der Stadtbezirksversammlung (wie sie damals noch hieß) ohne Verwaltungserfahrung etwas leisten zu können. Die Ermunterung der Genossinnen und Genossen aus unserem Paten- und Partnerbezirk bestärkte nicht nur mich sehr, und wir stürzten uns ins eiskalte Wasser. Es gelang.

Die SPD wurde in Friedrichshain stärkste Fraktion und Helios Mendiburu unser Bürgermeister. Der Enthusiasmus dieser Monate ist mit Worten schwer auszudrücken und er wurde bald von den „Mühen der Ebene“ gebremst. Wir mussten lernen, dass Politik die Kunst des Machbaren ist, ohne die eigenen Ideale aufzugeben.

Karin Sarantis-Aridas □

„Endlich dabei sein“

Karin Sarantis-Aridas über die Gründung der SDP in Friedrichshain-Kreuzberg

Die Meldung über die Gründung in Schwante wurde durch den RIAS und andere Medien verbreitet. In unseren Freundeskreisen wurde intensiv darüber diskutiert. Wir freuten uns, dass wir endlich in der Partei Willy Brandts mitmachen konnten, wir wollten aktiv dabei sein und es begann die Suche nach Kontaktpersonen.

Da es in der DDR kein Parteiengesetz gab, gab es auch keinen offiziellen Antrag auf Zulassung. Der Aufbau erfolgte auf Zuruf, es gab keine zentralen Verzeichnisse und Karteien, doch trotzdem ging es in Friedrichshain relativ schnell. Durch Joachim Goertz wurden erste Treffen organisiert, man traf sich - immer noch illegal - in Wohnungen und über Helios Mendiburu und Udo und Christina Eisner wurden weitere Kontakte geknüpft. Das war ohne Öffentlichkeit schwer genug. So brauchten wir z.B. - Anneliese und Wolfgang Funke, mein Mann Giorgos und ich - fast drei Wochen, um über eine ganz kleine Anzeige des Ortsverbandes Marzahn in der Berliner Zeitung eine Telefonnummer zu finden. Anfang November war es dann soweit und wir wurden Mitglieder der SDP.

Der erste Kreisvorstand der SDP Friedrichshain bestand aus Harms Riediger (Geschäftsführer); Christina Eisner, Uta Forstbauer, Bernd Schömann (später erster Fraktionsvorsitzender) und Helios Mendiburu, unserem ersten Bürgermeister ab März 1990

Es folgte der Fall der Mauer am 9. November und der Aufbau des Kreisverbandes Friedrichshain der SDP begann. Der erste Vorsitzende wurde Bernd Knauf (Geschäftsführer war Harms Riediger) und es kamen immer mehr zu uns. Neben der Kneipe Ecke Hausburgstraße, Wohnungen oder ehemaligen Treffpunkten von Hausgemeinschaften (z.B. bei uns im Keller der Karl-Marx-Allee 70a) trafen wir uns zu Vollversammlungen im Seniorenheim Liebigstraße.

Basisgruppen wurden gegründet und es kam zu heißen Diskussionen um das Statut - das damals schon AGs mit der Möglichkeit für die Mitarbeit von Nichtmitgliedern vorsah - die Finanzierung der Parteiarbeit und um die Aufnahme ehemaliger SED-Mitglieder. Im Unterschied zu anderen Kreisen haben wir in unseren beiden Basisgruppen von Anfang an Einzelfallentscheidungen getroffen und bloßen „Mitläufern“,

Fortsetzung nächste Seite

Fortsetzung von Seite 12

die sich öffentlich von ihrer SED-Mitgliedschaft distanzieren und glaubhaft machen konnten, dass sie mit uns für Demokratie und Freiheit streiten wollten, die Aufnahme nicht verweigert.

Der Bezirksvorstand hatte seinen Sitz in einer Baracke in der Mauerstraße (bis zum Umzug in die Rungestraße im Februar 1990) und wir wählten unsere Vertreter für den Parteirat (u.a. Dr. Giorgos Sarantis-Aridas), die Bezirksdelegiertenkonferenzen (die dem heutigen Parteitag entsprachen) und die Bezirksleitung. Aktiv beteiligten sich Mitglieder unserer beiden Gruppen am 15.1.1990 an der Erstürmung der Stasi-zentrale in der Normannestraße und wir waren auch bei den Runden Tischen dabei.

Der Speisesaal im Seniorenheim in der Liebigstraße wurde zum zentralen Treffpunkt für Vollversammlungen, Veranstaltungen und Feiern. Natürlich beteiligten sich viele von uns auch an der großen Demo auf dem Alexanderplatz am 4. November.

POLITIK AM RUNDEN TISCH

Da die Volkskammer keine demokratische Legitimation hatte, entstanden die Runden Tische als Organ der Beratung und Kontrolle der Regierung (das erste Mal am 7. Dezember 1989). Am 15. Dezember 1989 fand der erste Runde Tisch des Stadtbezirks Friedrichshain statt. Damit wurde der Forderung der Friedrichshainer SDP und anderer Bewegungen entsprochen, auch im kommunalen Bereich eine Kontroll- und Anwaltsfunktion wahrzunehmen.

Auf der Grundlage eines von der SDP vorgelegten Entwurfes wurde die Geschäftsordnung des Runden Tisches verab-

„Wort frei“**Die Großdemonstration am 4. November auf dem Alexanderplatz**

Anneliese Funke, Mitbegründerin der SDP in Friedrichshain, erinnert sich an die Demonstration auf dem Alexanderplatz am 4. November 1989.

„Jedem, der den 4. November 1989 auf dem Alexanderplatz mit erlebte, wird dieser Tag unvergesslich bleiben. Am Vorabend saßen wir mit unserem Sohn Andreas (elf Jahre) und Elke, einer langjährigen Freundin aus Westberlin, und bastelten an meiner Verkleidung für die Demonstration. Ein Blatt aus dem Eulenspiegelkalender mit der Losung „Sport frei!“ gab die Anregung. Daraus wurde „Wort frei!“ - so stand es dann auf dem Rücken. Und für die Vorderseite gestalteten wir mit dem größten Vergnügen das Gesicht, das besagt: Nie wieder wollen wir uns den Mund verbieten lassen. Eine fast euphorische Stimmung hatte uns ergriffen, wir waren voller



Flugblatt der SPD Friedrichshain Anfang 1990.

Archiv: Karin Sarantis-Aridas

schiedet, die als wesentliches Element den Grundsatz der öffentlichen Beratungen enthielt - ein für die DDR geradezu revolutionärer Grundsatz - und unter Vorsitz der SDP fand am 5. Januar 1990 die zweite Beratung statt.

Von Anfang an dabei waren Helios Mendiburu und Lorenz Postler, der bereits in der DDR-Opposition in der Samariter-Gemeinde aktiv war und von uns im März 1990 zum Stadtrat gewählt wurde, obwohl er damals noch nicht Mitglied unserer Partei war. Ich selber war am Runden Tisch Soziales beteiligt und gehörte zu den Mitbegründerinnen der Bürgerinitiative „Integral - für Menschen mit und ohne Behinderung“.

Anders als z.B. Jochen Vogel oder Willy Brandt, dessen Vorbild für viele von uns ein

Spannung, Erwartung und Vorfreude auf die Demonstration am nächsten Tag. Nur Wolfgang teilte unsere Euphorie nicht. Er war skeptisch, äußerte Besorgnis. Er hatte im September auf dem Alexanderplatz erlebt, wie brutal gegen Demonstranten vorgegangen wurde. Aber diesmal kam es ganz anders.

Der 4. November mit seiner machtvollen und so phantasiereichen Demonstration wurde für uns zu einem Befreiungsschlag und zu einem unvergesslichen Erlebnis.

Die Demo mit vielen deutlichen Losungen. Darunter z.B. Sprüche wie „Macht die Volkskammer zum Krenz-Kontrollpunkt“, „Kein Artenschutz für Wendehälse“, „Sägt die Bonzen ab, schützt die Bäume“, „Wandlitz, zeig' dein Antlitz“, „Mindestrente für abgesetzte Funktionäre“ oder „130.000 Stasiknechte haben keine Sonderrechte!“ □

Grund für den Eintritt war, wurden wir von der offiziellen West-SPD lange ignoriert, da wir eine Neugründung waren und man selber zum Teil Kontakte zur SED pflegte. Ein groteskes Beispiel dafür war die Einladung des Bundesvorstandes der Jusos im Dezember 1989 an junge SDP-Mitglieder zu einem Treffen in einem Westberliner Nobelhotel. Der Umtauschkurs auf dem Schwarzmarkt war 1:6 bis 1:10 und so hätte eine Übernachtung für Genossen aus der DDR zwei Monatsgehälter gekostet. Aber schlimmer noch: Die Bundesjusos forderten den weiteren Aufbau des Sozialismus, die Besiegelung der Teilung und den Eintritt in die bereits in Auflösung begriffene FDJ. Diese vollkommene Unkenntnis der Verhältnisse und unserer Geschichte hat damals viele sehr betroffen gemacht, denn wir waren Sozialdemokraten, die in der DDR als „Sozialfaschisten“ verfolgt worden waren und sahen uns fest in der Tradition der SPD verwurzelt.

DAS SOZIALDEMOKRATISCHE ERBE

So war es folgerichtig, dass wir unseren Anspruch auf die Nachfolge von 1946 am 13.1.1990 durch die Umbenennung in SPD noch deutlicher machten - auch dies nach langen, heißen und nächtelangen Diskussionen. Wir diskutierten in den „Ratsstuben“ in der Petersburger Straße.

Vom 22. bis 25. Februar 1990 fand dann der erste Parteitag in Leipzig statt und auch in Friedrichshain hatte das Folgen: Die Organisationsstrukturen der SPD wurden übernommen, es kam zur Gründung von sieben Abteilungen nach Wohngebieten (das Kreisbüro war in der Mainzer Str. 18), Andreas Borchard wurde Vorsitzender der Abteilung 5 und ich der Abteilung 4. Neue Mitglieder kamen jetzt dazu, denen es wichtig war, nun in der Volkspartei SPD mitzutun. Wir organisierten öffentliche Veranstaltungen mit SPD-Prominenz (so z.B. mit Johannes Rau in der Galiläa-Kirche) und nun kam endlich auch die Zusammenarbeit mit der Westberliner SPD zustande.

Partnerbezirk war für uns Wilmersdorf und wir erhielten personelle und materielle Hilfe, vor allem bei der Vorbereitung der Wahlen zur Volkskammer, zur Stadtverordnetenversammlung und zur Stadtbezirksverordnetenversammlung am 18. März 1990. Unsere Partnerabteilung war die vom Nikolsburger Platz unter ihrem langjährigen, 2003 leider verstorbenen Vorsitzenden Elmar Hörath, mit der wir auch in den Jahren danach sehr verbunden blieben und viel gemeinsam unternommen und diskutiert haben.

Wir hatten nichts: nicht genügend Papier, keinen Kopierer, schon gar keinen PC, einfach nichts - nur unseren Enthusiasmus! **Karin Sarantis-Aridas** □

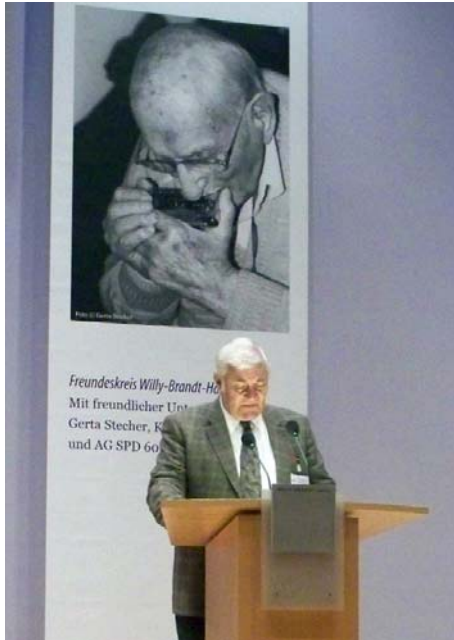
Zwischen Arbeiterkampf und Poesie

Gerta Stecher stellte ihre Kulturbioografie über Karl Richter vor

An der geschliffenen Sprache hätte sich Karl Richter erfreut. Einfühlsam beschreibt Gerta Stecher in ihrer „Kultur-Biografie“ über den Buchdrucker und Poeten Karl Richter, wie er sich mit ungeheurem Wissensdrang Kunst und Literatur erschloss.

Die „schwarze Kunst“ begleitete Karl Richter sein ganzes, 101 Jahre langes Leben. Aber der Buchdruck bedeutete für ihn nicht nur gestochen scharfe Buchstaben und feines Papier, Bücher transportierten Bildung. Mit 20 Jahren war er Mitglied der Büchergilde Gutenberg. Gedichte, Lieder und Gemälde waren die Leidenschaft des Autodidakten, stellt Gerta Stecher fest. Er erfreute sich an ihnen und empfand sie als Ausgleich zur harten politischen Auseinandersetzung.

Bis zuletzt - daran erinnerte der Vorsitzende der AG 60plus Werner Kleist auf einer Veranstaltung im Willy-Brandt-Haus - hat Karl Richter, der die Seniorenarbeit der Berliner SPD mitbegründete, an Parteita-



Der AG 60plus-Vorsitzende Werner Kleist erinnert an Karl Richter. Foto: Horb

gen und Versammlungen teilgenommen. Er hat die Politik verfolgt, aber auch deutlich kritisiert, wenn sie mit seinen sozialen Vorstellungen nicht vereinbar erschien.

In Karl Richters Leben spiegeln sich die Erfahrungen des vergangenen Jahrhunderts, er hat Kaiserzeit, Weimarer Republik, die Nazi-Herrschaft und den Aufbau der Demokratie miterlebt und aus diesen Erfahrungen auch selbst immer wieder berichtet. Am 1. Oktober 2000 konnte der langjährige Vorsitzende der IG Druck und Papier in Berlin (West) sein 80jähriges Gewerkschaftsjubiläum feiern. Aus diesem Anlass widmete ihm seine Gewerkschaft IG Medien den Karl-Richter-Verein, der sich mit der Erforschung der Geschichte und Traditionen der Buchdrucker befasst. Gerta Stechers Buch „Karl Richter. Ein langes Leben für die ‚Schwarze Kunst‘ und ihre Gewerkschaften“ (ISBN: 978-3-89965-303-8, EUR 12.00) zeigt den Buchdrucker zwischen „Arbeiterkampf und Poesie“. Beides war für sein Leben notwendig. **U.H. □**

**Aus Datenschutzgründen
nicht in der
Internetversion enthalten**

T ERMIN E

- SPD Treptow-Köpenick, **Wahlkreisfest von Robert Schaddach** und Tag der Offenen Tür des Seesportclubs Berlin Grünau, verbunden ist das Ereignis diesmal mit den Aktivitäten zum "Langen Tag der Stadtnatur www.langentagderstadtnatur.de, Samstag, 4. Juli, 14.00 bis 19.00 Uhr, Seesportclub Berlin Grünau e.V., Rohrwallallee 11, 12527 Berlin
- SPD Reinickendorf, SPD vor Ort: **Das Buddhistische Haus**, mit Brigitte Lange, MdA, Samstag, 4. Juli, 14.00 Uhr, Treffpunkt: Edelhofdamm 54, 13465 Berlin. Bitte anmelden unter 411 70 36 oder per Mail an kreis.reinickendorf@spd.de
- SPD Reinickendorf, **1989 - Erinnerungen an den Mauerfall**. Walter Momper im Gespräch Samstag, 4. Juli, um 15.00 Uhr, Hotel Ibis, Alt-Reinickendorf 4-5, 13407 Berlin
- SPD Steglitz-Zehlendorf - **AG Migration und AsF, Sommerfest**, Sonnabend, 4. Juli, ab 15.00 Uhr, Biergarten "Loretta am Wannsee", Kronprinzessinnenweg 260, 14109 Berlin
- SPD Tempelhof-Schöneberg - **Schwusos, Kiss-In - Zum Internationalen Tag des Kusses**, Montag, 6. Juli, 18.00 Uhr, Wittenbergplatz, KaDeWe-Seite am Brunnen, 10789 Berlin
- SPD Mitte - AG 60plus + ASF, **Frauenmedizin und Frauengesundheit**, mit Prof. Dr. Martina Dören, Leiterin des Klinischen Forschungszentrums Frauengesundheit an der Charité Berlin, und Dr. Eva Högl, MdB, Montag, 6. Juli, um 17.00 Uhr, Kurt-Schumacher-Haus, Müllerstraße 163, 13353 Berlin
- SPD Reinickendorf, **Wo wir stehen. Überlegungen zur gegenwärtigen Krise**. mit Gesine Schwan, Montag, 6. Juli, um 19.30 Uhr, Kulturhaus Centre Bagatelle, Zeltlinger Str. 6, 13465 Berlin
- SPD Reinickendorf, **Eine neue Schule für Berlin** - Diskussionsveranstaltung mit Bildungssenator Jürgen Zöllner, Dienstag, 7. Juli, 19.00 Uhr, Fontanehaus, Märkisches Zentrum, Wilhelmsruher Damm 142c, 13439 Berlin
- SPD Mitte, **Offene Bürgersprechstunde mit Eva Högl**, Dienstag, 7. Juli, 17.00 Uhr, Nachbarschaftstreff Rostocker Str., Stadtschloss Moabit, Rostocker Str. 32b
- Fachausschuss Stadt des Wissens, AG Schule und AfB-Landesvorstand / Felicitas Tesch, MdA, **Die Sekundarschule**, Referentin ist die Staatssekretärin Claudia Zinke, Mittwoch, 8. Juli, 18.00 bis 20.00 Uhr, Abgeordnetenhaus von Berlin, Raum 320, Niederkirchnerstraße, 10117 Berlin
- SPD Mitte, Debattenforum der SPD Mitte: **Vom Gesundheitsfonds zur Bürgerversicherung**, mit Bezirksbürgermeister Dr. Christian Hanke, Dr. Eva Högl MdB, Kandidatin für den Bundestagswahlkreis Berlin-Mitte, und Bundestagsabgeordneter Jörg-Otto Spiller, Mittwoch, 8. Juli, 19.00 Uhr, Lichtburgforum in der Gartenstadt Atlantic Behmstr. 13, 13357 Berlin,

irekt am Gesundbrunnencenter, U- und S-Bahn Gesundbrunnen

- SPD Reinickendorf, Engagiert für Reinickendorf - Die SPD-Fraktion in der Bezirksverordnetenversammlung, Mittwoch, 8. Juli 2009, von 17.00 bis 22.00 Uhr, Rathaus Reinickendorf, Altbau, BVV-Saal, Eichborndamm 215-239, 13437 Berlin
- Friedrich-Ebert-Stiftung, **Gute Bildung finanzieren!** Herausforderungen für den föderalen Staat, Prof. Dr. Jürgen E. Zöllner, Senator für Bildung, Wissenschaft und Forschung; Prof. Barbara Kisseler, Chefin der Senatskanzlei; Prof. em. Dr. Klaus Klemm, Universität Duisburg-Essen -Campus Essen; Dr. Axel Plünnecke, Stellv. Leiter Wissenschaftsbereich I "Bildungspolitik und Arbeitsmarktpolitik" Institut der deutschen Wirtschaft Köln, und Martin Spiewak, Die Zeit, Mittwoch, 8. Juli 2009, von 19.00 bis 21.30 Uhr, Friedrich-Ebert-Stiftung, BerlinPolitik im Forum Berlin, Hiroshimastraße 17, 10785 Berlin-Tiergarten, Anmeldungen bitte bis zum 6.7.2009 an: constanze.yakar@fes.de
- ASF und Mechthild Rawert, MdB, **Football under cover** - Film, Donnerstag, 9. Juli 2009, um 19.30 Uhr, Rathaus Schöneberg, Kinosaal, John-F.-Kennedy-Platz. Aufgrund begrenzter Plätze bitte eine Rückmeldung bis zum 8. Juli an: anmeldung@asf-ts.spd-berlin.de
- SPD Steglitz-Zehlendorf, **Lesung und Diskussion mit dem SPD-Kanzlerkandidaten Frank-Walter Steinmeier** und Klaus Uwe Benneter, MdB, Donnerstag, 9. Juli, 18.00 Uhr, Seminaris Campus Hotel "Dahlem Cube", Takustraße 39, Berlin-Dahlem | U-Bhf. Dahlem-Dorf
- SPD Reinickendorf, **Leere Geschäfte, totes Zentrum? - Tegel und die Folgen der Wirtschaftskrise**. Diskussionsveranstaltung mit IHK-Präsident Eric Schweitzer, Donnerstag, 9. Juli 2009, um 19.30 Uhr, Restaurant Haxnhaus, Alt-Tegel 2, 13507 Berlin
- Forum Eine Welt Berlin-Brandenburg, **Auswirkungen der Weltfinanzkrise auf den Entwicklungskontinent Afrika**, Donnerstag, 9. Juli, 18.00 bis 20.00 Uhr, Abgeordnetenhaus von Berlin, Raum R 376, Niederkirchnerstraße 5, 10117 Berlin. Teilnahme bitte anmelden Sie sich per E-Mail bis zum 7. Juli 2009: angelika.mate@spd.de
- Swen Schulz, AWO und SPD Spandau, **"Kümmerstunde"** bei Pro Seniore, Donnerstag, 9. Juli, 15.00 bis 17.00 Uhr, Pro Seniore Residenz Wasserstadt, An der Havel Spitze 3, 13587 Berlin-Spandau
- SPD Pankow - ASJ, **Kinderschutz und Kinderrechte**, Donnerstag, 9. Juli, ab 16.30 Uhr, mit Kaffee und Kuchen | 17.00 Uhr Märchenlesung für Kinder | 17.30 Uhr Talk mit Bundesjustizministerin Brigitte Zypries, Kollwitzplatz
- SPD Reinickendorf, **Bücherbasar im Märkischen Zentrum**, Freitag, 10. Juli, von 15.00 bis 18.00 Uhr, Märkisches Zentrum, Brunnenplatz, 13439 Berlin
- SPD Charlottenburg-Wilmersdorf - Abt.

Wilmersdorf Süd, **Kiezfest auf dem Rüdeshheimer Platz**, Samstag, 11. Juli 2009, von 14.30 bis 18.30 Uhr, Rüdeshheimer Platz, 14197 Berlin

- SPD Treptow-Köpenick, Politischer Frühlingschoppen **„Regierungsprogramm der SPD: Chancen für Treptow-Köpenick!“** Mit Kajo Wasserhövel, Bundestagskandidat und Bundesgeschäftsführer der SPD und Klaus Ulbricht, Kreisvorsitzender, Sonntag, 12. Juli, 10.00 Uhr, Ratskeller Köpenick, Alt-Köpenick 21, 12555 Berlin
- SPD Mitte, **Offene Bürgersprechstunde mit Eva Högl**, Montag, 13. Juli, 15.00 Uhr, Stephanplatz in Moabit
- SPD Spandau, **Stark ohne Gewalt - Eröffnung des neuen Büros** in der Spandauer Neustadt, Donnerstag, 16. Juli 2009, um 18.00 Uhr, Paul-Schneider-Haus, Schönwalder Straße 23, 13587 Berlin-Spandau

S PRECHSTUNDEN

- **KLAUS UWE BENNETER**, Bürgerbüro, Schildhornstraße 91, 12163 Berlin-Steglitz, Bitte Termine erfragen und anmelden unter der Rufnummer 81820878.
- **DETLEF DZEMBRIKZI**, Bürgerbüro, Waidmannsluster Damm 149, 13469 Berlin, Anmeldung erbeten unter Tel. 409 109 33 oder info@dzembritzki.de
- **DR. EVA HÖGL**, Bürgerbüro, Sonnenallee 124, 12045 Berlin-Neukölln. Bitte Termine erfragen und anmelden unter 687 20 83.
- **PETRA MERKEL**, Wahlkreisbüro, Goethestraße 80, 10623 Berlin. Bitte anmelden unter Tel. 313 88 82 oder per Mail petra.merkel@wk.bundestag.de.
- **MECHTHILD RAWERT**, Wahlkreisbüro, Friedrich-Wilhelm-Str. 86, 12099 Berlin, Sprechstunde jeden 2. Freitag im Monat von 15.00 bis 18.00 Uhr und nach tel. Vereinbarung, Anmeldung bitte unter Tel. 72013884 oder mechthild.rawert@wk.bundestag.de
- **DAGMAR ROTH-BEHRENDT**, Europabüro, Brunnenstr. 167 in 10119 Berlin. Bitte Termine erfragen und anmelden unter Tel. 4660 7911
- **SWEN SCHULZ**, Bürgerbüro, Bismarckstr. 61, 13585 Berlin. Bitte anmelden unter Tel. 36 75 70 90. Nächste Termine: - Donnerstag, 9. Juli 2009, von 15.00 bis 17.00 Uhr
-- Kreisbüro Marzahn-Hellersdorf, Blumberger Damm 158, 12679 Berlin, Anmeldung bitte unter Tel. 99401015.
- **JÖRG-OTTO SPILLER**, Wahlkreisbüro, Raum 502, Müllerstr. 163, 13353 Berlin. Bitte Termine erfragen und anmelden unter Tel. 4692-125 oder per E-Mail unter joerg-otto.spiller@wk.bundestag.de
-- Bürgerbüro Lichtenberg, Rathausstr. 7, 10367 Berlin, Anmeldung unter Tel. 9760 6732 oder per Mail unter andreas.buechner@spd.de.
- **WOLFGANG THIERSE**, Wahlkreisbüro Wolfgang Thierse, Hagenauer Straße 3, 10435 Berlin. Bitte Termine erfragen und anmelden unter Tel. 442 83 88

Die Berliner Stimme im Abonnement

Änderungen beim Abonnement? Das machen wir gerne. Adress- und Kontoänderungen bitte frühzeitig an berliner.stimme@wegewerk.de oder per Post an wegewerk GmbH, Krausnickstr. 3, D 10115 Berlin

Sie haben noch kein Abonnement? Das ändern wir gerne. Das Abonnement kostet 25,05 Euro pro Jahr (bei Zustellung per E-Mail) bzw. 30,15 Euro pro Jahr (bei Zustellung per Post). Bestellungen bitte an wegewerk GmbH, Krausnickstr. 3, D 10115 Berlin oder per E-Mail an berliner.stimme@wegewerk.de.

9. Juli:

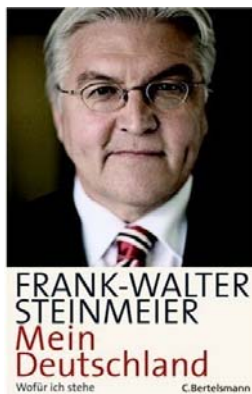
„Mein Deutschland“

Frank-Walter Steinmeier bei Lesung in Steglitz-Zehlendorf

Auf Einladung des SPD-Bundestagsabgeordneten Klaus Uwe Benneter kommt SPD-Kanzlerkandidat und Bundesaußenminister Frank-Walter Steinmeier am 9. Juli zu einer Lesung nach Steglitz-Zehlendorf. Er wird sein neues Buch „Mein Deutschland - Wofür ich stehe“ vorstellen.

„Ich will, dass wir das Modell Deutschland, mit dem Willy Brandt und Helmut Schmidt so erfolgreich regiert haben, für die Zukunft neu begründen.“ Das ist die klare Aussage des SPD-Kanzlerkandidaten. In seinem Buch gibt Frank-Walter Steinmeier Einblicke in seine Herkunft als Kind einer ostwestfälischen Handwerkerfamilie, seine frühe Prägung durch die Politik Willy Brandts und seine politischen Ideen für das neue Jahrzehnt. Er zeigt sich als leidenschaftlicher Sozialdemokrat. Im Zentrum dieser Politik stehen für ihn Fairness, Respekt und Gerechtigkeit als Fundament unserer Gesellschaft. Konkret heißt das für ihn u.a. „Brücken in die Beschäftigung“ für Menschen zu schaffen, die dauerhaft ohne

Frank-Walter Steinmeier, „Mein Deutschland“, C. Bertelsmann Verlag, 2009, 239 S., farb. Bildtaf., ISBN-13: 9783570011140



Arbeit sind, Jugendlichen einen Schulabschluss zu ermöglichen, eine verantwortliche Finanzpolitik zu betreiben. Frank-Walter Steinmeier wirbt für Gleichberechtigung und für neue Räume für die schöpferischen Potenziale älterer Menschen. **BS** □
 ➔ Termin: Donnerstag, 9. Juli, 18 Uhr, Ort: Seminaris Campus Hotel „Dahlem Cube“, Takustraße 39, Berlin-Dahlem, ÖPNV: U-Bhf. Dahlem-Dorf

KULTURTIPPS

Führung durch das Buddhistische Haus.

Das Buddhistische Haus in Frohnau wurde bereits 1923/1924 vom Arzt Paul Dahlke errichtet und gilt als einer der ältesten Tempel in Europa. Er hatte auf seinen Asienreisen den Buddhismus kennengelernt und beauftragte den Pankower Architekten Max Meyer mit der Errichtung des Wohn- und Tempelbaus, der in den darauffolgenden Jahren noch erweitert wurde. Noch heute leben im Buddhistischen Haus Mönche, es finden regelmäßig Vorträge und Diskussionen statt. Die SPD-Abgeordnete Brigitte Lange lädt am 4. Juli um 14 Uhr zu einer Führung mit Vortrag durch das Buddhistische Haus. Dabei gibt es Gelegenheit, mehr über die Gründung und den Gründer des Buddhistischen Hauses, Dr. Paul Dahlke, aber auch über das Wesen und den Sinn des Buddhismus zu erfahren. **BS** □

➔ Samstag, den 4. Juli, 14.00 Uhr, Start vor dem Eingang zum Buddhistischen Haus, Edelhofdamm 54 in 13465 Berlin-Frohnau. Für die Führung wird eine kleine Spende zum Erhalt des Tempels erbeten. Anmeldungen bei Petra Wolf, Tel. 411 70 36, Mail: kreis.reinickendorf@spd.de

Berlin als „Hauptstadt der Bildenden Kunst“

Brigitte Lange: Kunsthalle bietet optimale Möglichkeiten, Neuproduktionen zu zeigen

Eine Entscheidung über den Bau einer Kunsthalle am Humboldt-Hafen wird vom Parlament erst in den nächsten Haushaltsberatungen getroffen. Im Doppelhaushalt 2010/2011 sei kein Etat dafür vorgesehen, so die kulturpolitische Sprecherin der SPD-Fraktion des Berliner Abgeordnetenhauses, Brigitte Lange.

Die Kunsthalle, mit deren Bau frühestens 2012 zu rechnen ist, könnte an diesem Standort einen wesentlichen Schub für die Entwicklung des Quartiers liefern. „Gerade durch die Nähe zu den Kunstquartieren

Hamburger Bahnhof und das Galerenviertel in der Heidestraße unterstreicht die Kunsthalle die Bedeutung der dort ansässigen Kunst- und Kulturszene. Durch die Nähe zum Hauptbahnhof ist der Standort verkehrstechnisch sehr gut angebunden und auch für Tagesgäste bequem zu erreichen“, erklärte die SPD-Kulturpolitikerin.

Die Kunsthalle bietet nach Ansicht der SPD-Kulturexpertin „die optimale Möglichkeit, Neuproduktionen von in Berlin ansässigen und international anerkannten Künstlerinnen und Künstlern zu präsentieren“. Brigitte Lange: „Berlin kann mit die-

sem Entschluss seine internationale Stellung in der zeitgenössischen Bildenden Kunst weiter ausbauen. Zugleich können in der Kunsthalle die aktuellen Entwicklungen der zeitgenössischen Kunst unabhängig von Sammler- und Kunsthändlerinteressen aufgezeigt werden. Durch eine breite Ausrichtung und eine fundierte Vermittlungsarbeit können breite Bevölkerungskreise in Berlin ebenso wie ein internationales Publikum vom kulturellen Austausch profitieren. Berlin wird damit seinem Anspruch als 'Hauptstadt der Bildenden Kunst' gerecht.“ **PM** □